



XV. Legislaturperiode

XV legislatura

WORTPROTOKOLL
DER LANDTAGSSITZUNG

NR. 177

RESOCONTO INTEGRALE
DELLA SEDUTA DEL CONSIGLIO
PROVINCIALE
N. 177

vom 15.09.2017

del 15/09/2017

Präsident
Vizepräsident

Dr. Roberto Bizzo
Dr. Thomas Widmann

Presidente
Vicepresidente

WORTPROTOKOLL
DER LANDTAGSSITZUNG

NR. 177

vom 15.09.2017

Inhaltsverzeichnis

Landesgesetzentwurf Nr. 136/17: "Ordnung der
Tourismusorganisationen" – (Fortsetzung).
.Seite 1

Beschlussantrag Nr. 745/17 vom 21.2.2017, ein-
gebracht von den Abgeordneten Noggler und
Wurzer, betreffend: Attraktive Arbeitsplätze für
den ländlichen Raum – wohnortnahe Arbeitsstel-
len mit hohem Qualifikationsniveau in Südtirols
Bezirken.Seite 21

RESOCONTO INTEGRALE
DELLA SEDUTA DEL CONSIGLIO
PROVINCIALE

N. 177

del 15/09/2017

Indice

Disegno di legge provinciale n. 136/17: "Ordina-
mento delle organizzazioni turistiche" – (continua-
zione). pag. 1

Mozione n. 745/17 del 21/2/2017, presentata dai
consiglieri Noggler e Wurzer, riguardante: Creare
posti di lavoro interessanti e attrattivi nelle zone
rurali – nei comprensori dell'Alto Adige servono
posti di lavoro altamente qualificati non troppo lon-
tani da casa.pag. 21

Vorsitz des Präsidenten | Presidenza del presidente: dott. Roberto Bizzo

Ore 10.01 Uhr

Namensaufruf - appello nominale

PRESIDENTE: La seduta è aperta. Ai sensi dell'articolo 59, comma 3, del regolamento interno il processo verbale della seduta precedente è messo a disposizione delle consigliere e dei consiglieri provinciali in forma cartacea. Su di esso possono essere presentate, per iscritto, richieste di rettifica alla Presidenza entro la fine della seduta. Qualora non dovesse pervenire alcuna richiesta di rettifica, il processo verbale si intende approvato.

Copie del processo verbale sono a disposizione delle consigliere e dei consiglieri presso le collaboratrici e i collaboratori addetti alla stesura del processo verbale stesso.

Per la seduta odierna si è giustificata la consigliera Amhof.

Proseguiamo nella trattazione dei punti all'ordine del giorno da trattare nel tempo riservato alla maggioranza, interrotta nella seduta precedente.

Punto 331) all'ordine del giorno: *Disegno di legge provinciale n. 136/17: "Ordinamento delle organizzazioni turistiche"* – (continuazione).

Punkt 331 der Tagesordnung: *Landesgesetzentwurf Nr. 136/17: "Ordnung der Tourismusorganisationen"* – (Fortsetzung).

Nella seduta di ieri si sono tenute la discussione generale e quella articolata fino all'articolo 8.

Art. 9

Collegio dei presidenti

1. *Il collegio dei presidenti è composto da tutti i presidenti e le presidenti delle organizzazioni turistiche della rispettiva sede distaccata dell'IDM. Il/La presidente di ciascuna organizzazione turistica può anche designare un membro del consiglio direttivo o del consiglio d'amministrazione a presenziare nel collegio dei presidenti in qualità di rappresentante.*
2. *I membri del collegio dei presidenti eleggono al loro interno il/la presidente e il suo sostituto/la sua sostituta.*
3. *Ogni membro del collegio dei presidenti dispone di una quota di voti calcolata in base alla media dei pernottamenti degli ultimi tre anni turistici secondo i dati dell'Istituto provinciale di statistica (ASTAT).*
4. *Il collegio dei presidenti:*
 - a) *nomina il comitato tecnico di cui all'articolo 10;*
 - b) *elabora, in collaborazione con il/la competente manager della sede distaccata dell'IDM, il programma annuale, da sottoporre al consiglio di amministrazione della IDM per la relativa approvazione;*
 - c) *redige le proposte per ulteriori iniziative;*
 - d) *valuta, insieme al comitato tecnico competente, l'attività svolta dal/dalla manager della sede distaccata dell'IDM.*
5. *Il collegio dei presidenti si riunisce almeno quattro volte all'anno con il/la manager della sede distaccata dell'IDM. Il collegio dei presidenti può in ogni momento richiedere ulteriori riunioni.*

Art. 9

Präsidentenkollegium

1. *Das Präsidentenkollegium setzt sich aus allen Präsidenten und Präsidentinnen der Tourismusorganisationen der jeweiligen Außenstelle der IDM zusammen. Der Präsident/Die Präsidentin der jeweiligen Tourismusorganisation kann auch ein Mitglied des Vorstandes oder des Verwaltungsrates als Vertreter/Vertreterin im Präsidentenkollegium namhaft machen.*

2. Die Mitglieder des Präsidentenkollegiums wählen aus ihrer Mitte die Vorsitzende/den Vorsitzenden und die Stellvertreterin/den Stellvertreter.
3. Jedes Mitglied des Präsidentenkollegiums verfügt über einen Stimmenanteil, der anhand der durchschnittlichen Nächtigungen der letzten drei Tourismusjahre laut Landesinstitut für Statistik (ASTAT) berechnet wird.
4. Das Präsidentenkollegium:
 - a) wählt einen Fachbeirat laut Artikel 10,
 - b) erarbeitet in Zusammenarbeit mit dem zuständigen Manager/der zuständigen Managerin der Außenstelle der IDM das Jahresprogramm, das dem IDM-Verwaltungsrat zur Genehmigung vorgelegt wird,
 - c) verfasst Vorschläge für zusätzliche Initiativen,
 - d) bewertet zusammen mit dem zuständigen Fachbeirat die Tätigkeit des Managers/der Managerin der Außenstelle der IDM.
5. Das Präsidentenkollegium trifft sich mindestens viermal jährlich mit dem Manager/der Managerin der Außenstelle der IDM. Zusätzliche Treffen können jederzeit vom Präsidentenkollegium beantragt werden.

Emendamento n. 1, presentato dal consigliere Köllensperger: Articolo 9, comma 4, lettera b). Dopo le parole "programma annuale" è inserita la parola "vincolante".

Artikel 9 Absatz 4 Buchstabe b): Vor dem Wort "Jahresprogramm" wird das Wort "bindende" eingefügt.

Emendamento n. 2, presentato dai consiglieri Heiss, Dello Sbarba e Foppa: Articolo 9, comma 5: La parola "Quattro" è sostituita dalla parola "sei".

Artikel 9 Absatz 5: Das Wort "viermal" wird durch das Wort "sechsmal" ersetzt.

La parola al consigliere Köllensperger, prego.

KÖLLENSPERGER (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles): Artikel 9 ist einer jener Artikel, die ich eingangs bei der Rede kritisiert habe, weil sie nach Bevormundung und zentraler Rolle klingen. Im Artikel 9 geht es um das Präsidentenkollegium. Das ist soweit okay. In Absatz 4 Buchstabe b) steht aber, dass schlussendlich der Verwaltungsrat des IDM über das Jahresprogramm entscheidet, indem er es genehmigen muss. Jetzt ist mir auch schon klar, dass es jemanden braucht, der ein Jahresprogramm genehmigt, aber es riecht nach Hierarchie. Aus diesem Grunde schlage ich vor, dass wir das Jahresprogramm zu einem bindenden Jahresprogramm machen, das heißt die IDM kann das Jahresprogramm weiterhin ablehnen, aber sie kann es nicht verändern. Es kommt ein Jahresprogramm und das kann sie annehmen oder ablehnen, aber das ist bindend, das heißt das Jahresprogramm wird ausgearbeitet und vorgelegt und die IDM wird es dann genehmigen oder nicht genehmigen, aber nicht eventuell abändern. Das gibt den Tourismusorganisationen mehr Autonomie.

HEISS (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Beim Artikel 9 bezüglich Präsidentenkollegium hat man den Eindruck, dass es ein Kollegium ist, das eine Verbindung zwischen Ehrenschatz und Kontrolle ist, also so eine Art von Kalmierungs- und Beschäftigungstherapie für die Präsidenten, damit sie zwischen den jeweiligen Organisationen und ihren Verantwortlichen, dem Fachbeirat und der IDM gewissermaßen eine Zwischenposition haben, dass sie nicht ganz untergehen, also sozusagen präsent sind. Aus dem Grund haben wir vorgeschlagen, vielleicht doch die Präsenz des Präsidentenkollegiums etwas aufzuwerten und ein nicht viermal jährliches Treffen mit dem Manager der Außenstelle zu veranlassen, sondern sechsmal. In Absatz 5 steht: "Zusätzliche Treffen können jederzeit vom Präsidentenkollegium beantragt werden." Man merkt, dass sie pflichtgemäß viermal zusammentreffen sollen, damit Ruhe ist. Sonst sollten sie nicht allzu viel zu melden haben, also so scheint mir diese Rolle des Präsidentenkollegiums, Entschuldigen Sie, Herr Landeshauptmann, ein wenig zugespitzt und deswegen haben wir versucht, Ihnen zumindest über die sechsmaligen Treffen ein wenig mehr Gewicht zu verleihen.

KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP): Beide Themen waren auch Gegenstand der Besprechungen am Arbeitstisch, wo alle Betroffenen mitgearbeitet haben, auch das Thema des Jahresprogramms. Aufgrund der Tatsache, dass das Jahresprogramm letztlich von IDM genehmigt wird, das wird auch nicht in

Frage gestellt, stellt sich die Frage, inwieweit IDM so quasi über die Köpfe hinweg noch einmal doch etwas anderes macht, obwohl man auf der Ebene der Vereine mit dem Manager, der bereits eine IDM-Führungskraft ist, etwas vereinbart hat. Zunächst einmal haben wir gemeinsam festgelegt, dass das Risiko relativ gering sein dürfte. Das ist klar. Wenn das Budget das zugeordnet, zugerechnet wird und aufgrund überschritten ist, dann muss man sagen, hat der IDM-Manager die Aufgabe nicht gemacht. Darauf muss gerade er hinweisen. Da müssen wir drinnen bleiben. Da würde die IDM sagen, zurück, das geht nicht, Ihr habt Euer Budget überschritten. Das ist Konsens, aber das wird nicht stattfinden. Es geht um Inhalte. Die Inhalte sind das Ergebnis einer Besprechung zwischen der IDM-Leitungskraft und den Vereinen und werden dann der IDM zur Genehmigung vorgelegt. Wir haben das Risiko als relativ gering betrachtet, vor allem weil es bei IDM wiederum einen Fachbereich gibt, wo wiederum die Vertreter der Tourismusorganisationen usw. einen relativ großen Einfluss haben und im IDM-Verwaltungsrat auch wieder nicht irgendwelche Leute, Beamte sitzen. Deshalb ist es relativ gering. Ein bindendes Gutachten vorzusehen, wäre problematisch aus unserer Sicht. Kollege Köllensperger, Sie haben recht, wir können nicht vorsehen, dass das die IDM genehmigen muss. Darüber sind wir uns, glaube ich, einig. Das würde dem Zivilrecht widersprechen, denn der Verwaltungsrat muss sein Budget schon selbst genehmigen. Wir sprechen hier vom Geld, das dann die IDM ausgeben muss. Dann würde jemand anders sagen, wie viel Geld die Gesellschaft ausgeben muss, das geht zivilrechtlich nicht. Sie sagen aber, man kann das ja ablehnen. Was haben wir erreicht, wenn wir dieses "bindend" einführen? Nämlich genau das, dass man sagt, man muss solange miteinander reden bis man zum Ergebnis kommt. Dass über die Köpfe hinweg entschieden wird, schließe ich aufgrund der Zusammensetzung der Gremien und der Art und Weise aus und ich muss sagen, auch am Arbeitstisch. Auch die Vertreter der Tourismusorganisationen haben das nicht als Problem gesehen. Hier ein bindendes Gutachten vorzusehen, wäre eigentlich aus meiner Sicht nicht ... Bitte?

KÖLLENSPERGER (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles): *(unterbricht)*

KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP): Bindendes Jahresprogramm. Das Jahresprogramm beinhaltet aber auch das Budget. Das sehe ich aus diesen Gründen nicht. Das haben wir auch besprochen und, wie gesagt, das ist nicht die Problemstellung. Das große Thema des Problems haben wir gestern bei Artikel 3 behandelt. Das war wirklich der Diskussionsgegenstand. Das muss man ganz offen sagen. Das war ein Prozess. Der Ansatz war ursprünglich ein etwas anderer. Das Thema war, wie wir die gemeinsamen Dienste weiterhin organisieren. Hier haben wir eindeutig feststellen können: Kein Problem, die Vereine können sich weiterhin zusamm tun usw. Das sind nicht Tourismusorganisationen im Sinne dieser Funktionen, die hier geregelt werden, aber dass sie sich zusammenschließen, ist nicht das Thema. Das haben wir überwunden. Das war der Diskussionsgegenstand und nicht diese Frage. Es wäre nicht korrekt auch aus der Sicht der rechtlichen Bewertung, dass wir hier das bindende Jahresprogramm vorsehen. Das Jahresprogramm beinhaltet nämlich auch Ausgaben und somit entscheidet jemand irgendwo anders, was hier stattfindet. So wie das zustande kommt, ist es, noch einmal, nahezu auszuschließen, dass es nicht standardmäßig zu genehmigen kommt. Es wird nicht so sein, wir überarbeiten das, denn wenn es wirklich im IDM-Verwaltungsrat passieren würde, dass man sagt, diese machen etwas, was wir nicht gutheißen können, dann wird es mit Sicherheit noch einmal zurückgestellt. Das wird passieren, um zu sagen, Leute, da haben wir ein Problem, da setzt man sich zusammen.

Der zweite Punkt. Kollege Heiss, es ist mindestens viermal. Das haben wir auch diskutiert. Einigen war mindestens viermal zu viel. Wir haben gesagt, mindestens viermal, aber es können auch zehn Sitzungen sein, gar kein Thema, sonst hat man die Aufgaben gemäß Gesetz nicht erfüllt. Das ist das absolute Minimum, das wir vorsehen. Am Ende werden es, davon bin ich überzeugt, mehr als sechs Sitzungen sein, aber mindestens vier Sitzungen erscheint uns in einem Gesetz festgelegt schon ausreichend, um zu sagen, das ist die absolut gesetzliche Mindestzahl. Diese werden sich so oft treffen, so oft sie es für nötig halten.

PRESIDENTE: Apro la votazione sull'emendamento n. 1: respinto con 7 voti favorevoli, 17 voti contrari e 6 astensioni.

Apro la votazione sull'emendamento n. 2: respinto con 4 voti favorevoli, 17 voti contrari e 11 astensioni.

Chi chiede la parola sull'articolo 9? Nessuno. Apro la votazione: approvato con 17 voti favorevoli e 14 astensioni.

Art. 10

Comitato tecnico

1. Il comitato tecnico è composto da un minimo di dieci a un massimo di tredici componenti. Il/La presidente del collegio dei presidenti è membro di diritto del comitato tecnico con diritto di voto. Un membro del comitato tecnico è designato dall'associazione più rappresentativa delle strutture ricettive di carattere alberghiero. I restanti membri del comitato tecnico sono eletti dal collegio dei presidenti come segue:

- a) due rappresentanti del collegio dei presidenti;
- b) tre direttori/direttrici delle organizzazioni turistiche scelti da una rosa di sei nominativi proposta dai direttori e dalle direttrici delle organizzazioni turistiche;
- c) tre rappresentanti delle associazioni o delle strutture d'interesse turistico, di cui un/una rappresentante è nominato/nominata direttamente dall'organizzazione provinciale più rappresentativa dei contadini quale rappresentante delle aziende agrituristiche;
- d) eventualmente fino a tre ulteriori rappresentanti dei settori economici.

2. Tutte le categorie rilevanti degli esercizi ricettivi della zona di competenza della rispettiva sede distaccata dell'IDM devono essere rappresentate in seno al comitato tecnico.

3. Il comitato tecnico svolge i seguenti compiti:

- a) promuove il flusso di informazioni fra la sede distaccata e le organizzazioni turistiche;
- b) esamina, sorveglia e valuta la realizzazione del programma annuale della sede distaccata e delle organizzazioni turistiche;
- c) consulenza, programmazione, coordinamento delle attività fra la sede distaccata e le organizzazioni turistiche.

4. Il comitato tecnico si riunisce regolarmente e almeno dieci volte all'anno con il/la manager della sede distaccata. Il comitato tecnico si riunisce quattro volte all'anno con il/la manager della sede distaccata in presenza di tutti i direttori e le direttrici delle organizzazioni turistiche della relativa zona di competenza.

Art. 10

Fachbeirat

1. Der Fachbeirat besteht aus mindestens zehn und höchstens dreizehn Mitgliedern. Der/Die Vorsitzende des Präsidentenkollegiums ist kraft seines/ihrer Amtes stimmberechtigtes Mitglied des Fachbeirates. Ein Mitglied des Fachbeirates wird direkt vom repräsentativsten Verband der gewerblichen Beherbergungsbetriebe namhaft gemacht. Die restlichen Mitglieder werden vom Präsidentenkollegium wie folgt gewählt:

- a) zwei Vertreter/Vertreterinnen aus dem Präsidentenkollegium,
- b) drei Direktoren/Direktorinnen der Tourismusorganisationen, die aus einem Sechservorschlag der Direktoren/Direktorinnen der Tourismusorganisationen hervorgehen,
- c) drei Vertreter/Vertreterinnen von Verbänden oder Einrichtungen von touristischem Interesse, wobei ein Vertreter/eine Vertreterin direkt von der repräsentativsten bäuerlichen Landesorganisation als Vertreter/Vertreterin der Urlaub-am-Bauernhof-Betriebe namhaft gemacht wird,
- d) eventuell bis zu maximal drei weiteren Vertretern/Vertreterinnen von Wirtschaftssektoren.

2. Alle relevanten Beherbergungskategorien des Einzugsgebiets der jeweiligen Außenstelle der IDM müssen im Fachbeirat vertreten sein.

3. Der Fachbeirat erfüllt folgende Aufgaben:

- a) den Informationsfluss zwischen der Außenstelle und den Tourismusorganisationen zu fördern,
- b) die Umsetzung des Jahresprogramms der Außenstelle und der Tourismusorganisationen zu prüfen, zu überwachen und zu bewerten,
- c) Beratung, Planung, Abstimmung der Tätigkeiten zwischen der Außenstelle und den Tourismusorganisationen.

4. Der Fachbeirat trifft sich regelmäßig und mindestens zehn Mal jährlich mit dem Manager/der Managerin der Außenstelle. Viermal jährlich trifft sich der Fachbeirat mit dem Manager/der Ma-

nagerin der Außenstelle im Beisein aller Direktoren und Direktorinnen der Tourismusorganisationen des jeweiligen Einzugsgebietes.

Emendamento n. 1, presentato dal consigliere Köllensperger: Articolo 10. L'articolo è così sostituito:

"Art. 10

Comitato tecnico

1. Il comitato tecnico è composto da otto componenti. Il/La presidente del collegio dei presidenti è membro di diritto del comitato tecnico con diritto di voto. Un membro del comitato tecnico è designato dall'associazione più rappresentativa delle strutture ricettive di carattere alberghiero. I restanti membri del comitato tecnico sono eletti dal collegio dei presidenti come segue:

tre rappresentanti del collegio dei presidenti;

tre direttori/direttrici delle organizzazioni turistiche scelti da una rosa di sei nominativi proposta dai direttori e dalle direttrici delle organizzazioni turistiche."

Artikel 10: Der Artikel erhält folgende Fassung:

"Art. 10

Fachbeirat

1. Der Fachbeirat besteht aus acht Mitgliedern. Der/Die Vorsitzende des Präsidentenkollegiums ist kraft seines/ihres Amtes stimmberechtigtes Mitglied des Fachbeirates. Ein Mitglied des Fachbeirates wird direkt vom repräsentativsten Verband der gewerblichen Beherbergungsbetriebe namhaft gemacht. Die restlichen Mitglieder werden vom Präsidentenkollegium wie folgt gewählt:

drei Vertreter/Vertreterinnen aus dem Präsidentenkollegium,

drei Direktoren/Direktorinnen der Tourismusorganisationen, die aus einem Sechservorschlag der Direktoren/Direktorinnen der Tourismusorganisationen hervorgehen."

La parola al consigliere Köllensperger, prego.

KÖLLENSPERGER (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles): Der Fachbeirat oder der "comitato tecnico", so wie es der Name sagt, sollte ein technisches Gremium sein. Aus diesem Grund mache ich einen ganz einfachen Vorschlag. Er sollte sich ganz einfach aus drei Direktoren und drei Präsidenten zusammensetzen. Verbände, Lobbyvertreter oder auch eine politische Vertretung ist von mir aus gesehen nicht angebracht, anderswo ja, aber nicht hier. Ein Fachbeirat sollte wirklich technisch entscheiden. Ich glaube, dass die Präsidenten und Direktoren der Tourismusorganisationen, drei und drei, in einem Verbund, der schlussendlich aus 8 wäre, weil noch ein Mitglied des Fachbeirates und des repräsentativsten Verbandes hinzukommen, ... Mit den drei und drei Direktoren und Präsidenten wären das acht und das wäre für mich ein technisches und relativ legeres Gremium, das hier Entscheidungen treffen könnte, und zwar vorbei an Verbandsinteressen.

KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP): Wir gehen davon aus, und das ist auch die Zielsetzung, dass auch die unter Buchstabe c) genannten Vertreter Fachleute sein werden, die aber auch diese Aspekte mit einbringen. Es geht nicht um politische Arbeiten, aber es sind schon Leute, die diesen Aspekt mit einbringen sollen, aber es soll ein Fachbeirat sein. Er ist auch als solcher definiert. Das sind Vertreter dieser besonderen Aspekte, aber als Fachleute, denn hier werden nicht irgendwelche politische Diskussionen geführt werden, sondern diese Aspekte, damit sie auch fachlich berücksichtigt werden.

PRESIDENTE: Apro la votazione sull'emendamento n. 1: respinto con 3 voti favorevoli, 16 voti contrari e 11 astensioni.

Chi chiede la parola sull'articolo 10? Nessuno. Apro la votazione: approvato con 17 voti favorevoli e 14 astensioni.

Art. 11

Collaborazione

1. La collaborazione fra le organizzazioni turistiche e l'azienda speciale IDM avviene tramite le competenti sedi distaccate dell'IDM e riguarda:

a) l'accordo sul programma di attività delle organizzazioni turistiche;

b) la realizzazione delle attività come dal programma di attività;

c) iniziative di marketing.

2. Nella zona di competenza di ciascuna sede distaccata dell'IDM è istituito un collegio dei presidenti e un comitato tecnico. La collaborazione fra le organizzazioni turistiche e le sedi distaccate si svolge sia direttamente che per il tramite del collegio dei presidenti o del comitato tecnico.

Art. 11

Zusammenarbeit

1. Die Zusammenarbeit der Tourismusorganisationen mit dem Sonderbetrieb IDM erfolgt über die zuständigen Außenstellen der IDM bei:

- a) der Abstimmung des Tätigkeitsprogramms der Tourismusorganisationen,
- b) der Umsetzung ihrer Tätigkeiten laut Tätigkeitsprogramm,
- c) bei Marketinginitiativen.

2. Im Einzugsgebiet jeder Außenstelle der IDM sind ein Präsidentenkollegium und ein Fachbeirat eingerichtet. Die Zusammenarbeit der Tourismusorganisationen mit den Außenstellen erfolgt entweder direkt oder über das Präsidentenkollegium oder den Fachbeirat.

Emendamento n. 1, presentato dal consigliere Köllensperger: Articolo 11, comma 1, lettera a): La lettera è così sostituita:

"a) il coordinamento dei programmi di attività definiti dalle organizzazioni turistiche;"

Artikel 11 Absatz 1 Buchstabe a): Der Buchstabe erhält folgende Fassung:

"a) der Koordinierung der Tätigkeitsprogramme, die von den Tourismusorganisationen definiert werden,".

Emendamento n. 2, presentato dal consigliere Wurzer: Articolo 11, comma 1, lettera c): La lettera è così sostituita:

"c) il coordinamento delle iniziative di marketing."

Artikel 11 Absatz 1 Buchstabe c): Der Buchstabe erhält folgende Fassung:

"c) der Abstimmung bei Marketinginitiativen."

Emendamento n. 3, presentato dal consigliere Köllensperger: Articolo 11, comma 1, lettera c): La lettera è così sostituita:

"c) il sostegno alle iniziative di marketing".

Artikel 11 Absatz 1 Buchstabe c): Der Buchstabe erhält folgende Fassung:

"c) als unterstützende Dienstleistung bei Marketinginitiativen."

La parola al consigliere Köllensperger, prego.

KÖLLENSPERGER (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles): In Artikel 11 geht es um die Zusammenarbeit. Bei der Zusammenarbeit stellt sich die Frage, wie diese in einem Dienstleistungsverhältnis oder in einem hierarchischen Verhältnis erfolgt. Um das besser zu definieren, habe ich zwei Änderungsanträge eingebracht.

Der erste betrifft den Buchstaben a), wo ich vor allem die Koordinierung der Tätigkeitsprogramme herausstreiche, die aber von den Tourismusorganisationen definiert werden.

Der zweite Antrag betrifft den Buchstaben c). Da geht es um die Zusammenarbeit bei Marketinginitiativen. Da möchte ich aber festhalten, dass es als unterstützende Dienstleistung von der IDM kommt, also als unterstützende Dienstleistung bei Marketinginitiativen. Sonst könnte man da wieder herauslesen, dass es irgendwie eine Zwangszusammenarbeit ist. Wir haben bereits bei Ihren Ausführungen gehört, dass das nicht geplant ist, aber eines ist, was nicht geplant ist und etwas anderes ist, was im Gesetz steht. Wenn man das besser verankern kann, dann wäre das ein Vorteil und würde für mehr Sicherheit sorgen.

WURZER (SVP): Nachdem mein Änderungsantrag zu Artikel 3 angenommen wurde, wo sozusagen die Mussbestimmung der Zusammenarbeit herausgenommen wurde, erübrigt sich, und das war so etwa die Absicherung, dieser Änderungsantrag. Die Zusammenarbeit geschieht in der Abstimmung gemäß Artikel 3. Daher erübrigt sich dieser Änderungsantrag. Deshalb ziehe ich ihn zurück.

KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP): Das ist zum Teil auch die Stellungnahme meinerseits. Zum Änderungsantrag des Kollegen Köllensperger. Wir haben in Artikel 3 eine spezielle Norm, die ganz klar sagt, dass das Thema die Abstimmung ist. Wir haben die Zusammenarbeit bewusst herausgenommen dahingehend, dass die Marketinginitiativen mit IDM durchzuführen sind. Hier geht es ganz allgemein darum, welche Bereiche die Zusammenarbeit der Tourismusorganisationen betrifft, natürlich auch die Marketinginitiativen. Wie, das sagt Artikel 3, nämlich durch die Abstimmung. Das ist jetzt sicher eindeutig. Die Tätigkeitsprogramme der Tourismusorganisationen sollen schon abgestimmt werden, nicht nur koordiniert. Es geht hier wirklich um Abstimmung. Das ist auch Konsens gewesen in der Arbeitsgruppe. Eine reine Koordinierung ist zu wenig. Das muss schon aufeinander abgestimmt sein.

PRESIDENTE: Apro la votazione sull'emendamento n. 1: respinto con 9 voti favorevoli, 17 voti contrari e 4 astensioni.

L'emendamento n. 2 è ritirato.

Apro la votazione sull'emendamento n. 3: respinto con 2 voti favorevoli, 17 voti contrari e 11 astensioni.

Chi chiede la parola sull'articolo 11? Consigliere Wurzer, prego.

WURZER (SVP): Ich schlage eine sprachliche Korrektur am deutschen Text von Absatz 1 Buchstabe c) vor, und zwar die Streichung des Wortes "bei".

KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP): Danke für den Hinweis, Kollege Wurzer. Auch als Einbringer kann man hier eine sprachliche Korrektur vornehmen. Hier steht zweimal das Wort "bei". Das zweite "bei" müsste man streichen. Das wäre aus meiner Sicht eine reine sprachliche Korrektur.

PRESIDENTE: Prendo atto e incarico gli uffici di apportare la sopradescritta correzione linguistica nella stesura definitiva della legge.

Apro la votazione sull'articolo 11: approvato con 17 voti favorevoli e 15 astensioni.

CAPO IV
AGEVOLAZIONI ALLE SEDI DISTACCATE DELL'IDM
E ALLE ORGANIZZAZIONI TURISTICHE

Art. 12

Fondi dal bilancio provinciale

1. *Per sostenere le organizzazioni turistiche e le sedi distaccate dell'IDM nell'assolvimento dei relativi compiti, nel bilancio provinciale sono stanziati annualmente appositi fondi.*
2. *I fondi di cui al comma 1 vengono assegnati alle organizzazioni turistiche soltanto se esse rispettano i criteri di qualità stabiliti dalla Giunta provinciale.*
3. *I fondi stanziati sono ripartiti annualmente secondo i seguenti criteri:*
 - a) *un'aliquota, uguale o variabile, per tutti gli aventi diritto;*
 - b) *un'ulteriore aliquota secondo i seguenti criteri:*
 - 1) *capacità ricettiva alberghiera e non alberghiera;*
 - 2) *media dei pernottamenti registrati nei tre anni turistici precedenti, da novembre fino a ottobre;*
 - 3) *media degli arrivi registrati nei tre anni turistici precedenti;*
 - 4) *entità dell'autofinanziamento.*
4. *La misura delle aliquote di cui al comma 3 e le quote spettanti alle sedi distaccate dell'IDM sono determinate annualmente dalla Giunta provinciale. A tal fine la Giunta provinciale, con deliberazione da pubblicarsi nell'albo online della Provincia, definisce i criteri e le modalità per l'attribuzione dei fondi e stabilisce contestualmente la quota di autofinanziamento a carico delle organizzazioni turistiche.*
5. *L'eventuale differenza tra gli importi computati in base ai criteri di ripartizione e i fondi effettivamente assegnati ai sensi del comma 4 può essere assegnata dalla Giunta provinciale all'Azienda speciale IDM con specifica destinazione per l'area turismo.*
6. *Il pagamento degli importi assegnati alle organizzazioni turistiche è subordinato alla presentazione del bilancio di previsione. In caso di accertate irregolarità, la Giunta provinciale può*

escludere le organizzazioni turistiche dalle assegnazioni. In caso di impiego non efficiente e non efficace dei fondi assegnati, la Giunta provinciale può prevedere la riduzione o la revoca dell'assegnazione stessa. Gli importi non assegnati sono ridistribuiti alle restanti organizzazioni turistiche.

7. Il pagamento delle somme assegnate all'Azienda di soggiorno e turismo di Bolzano e all'Azienda di cura, soggiorno e turismo di Merano è subordinato all'approvazione dei rispettivi bilanci di previsione da parte dell'organo tutorio.

4. ABSCHNITT FÖRDERUNG DER AUSSENSTELLEN DER IDM UND DER TOURISMUSORGANISATIONEN

Art. 12

Mittel aus dem Landeshaushalt

1. Zur Unterstützung der Tourismusorganisationen und der Außenstellen der IDM bei der Erfüllung ihrer Aufgaben werden im Landeshaushalt jährlich Mittel bereitgestellt.
2. Die Mittel laut Absatz 1 werden den Tourismusorganisationen nur dann zugewiesen, wenn sie die von der Landesregierung festgelegten Qualitätskriterien einhalten.
3. Die bereitgestellten Mittel werden jährlich nach folgenden Kriterien aufgeteilt:
 - a) einem für alle Berechtigten gleichen oder variablen Anteil,
 - b) einem zusätzlichen Anteil nach folgenden Kriterien:
 - 1) gastgewerbliche und nicht-gastgewerbliche Beherbergungskapazität,
 - 2) Durchschnitt der in den drei vorangegangenen Tourismuszahren von November bis Oktober verzeichneten Nächtigungen,
 - 3) Durchschnitt der in den drei vorangegangenen Tourismuszahren verzeichneten Ankünfte,
 - 4) Umfang der Eigenfinanzierung.
4. Das Ausmaß der Anteile laut Absatz 3 und der den Außenstellen der IDM zustehende Anteil werden jährlich von der Landesregierung festgelegt. Zu diesem Zweck bestimmt die Landesregierung mit Beschluss, der auf der digitalen Amtstafel des Landes zu veröffentlichen ist, die Kriterien und Modalitäten für die Zuweisung dieser Mittel, wobei auch der Eigenfinanzierungsanteil der Tourismusorganisationen festgelegt wird.
5. Die allfällige Differenz zwischen den gemäß Aufteilungsschlüssel berechneten und den effektiv gemäß Absatz 4 zugewiesenen Mitteln kann dem Sonderbetrieb IDM von der Landesregierung zweckbestimmt für den Bereich Tourismus zugewiesen werden.
6. Die den Tourismusorganisationen zugewiesenen Beträge werden gegen Vorlage des Haushaltsvoranschlages ausgezahlt. Werden Unregelmäßigkeiten festgestellt, kann die Landesregierung die Tourismusorganisationen von den Zuweisungen ausschließen. Im Falle einer nicht effizienten oder nicht wirksamen Einsetzung der zugewiesenen Mittel, kann die Landesregierung die Zuweisung kürzen oder widerrufen. Die nicht zugewiesenen Beträge werden auf die übrigen Tourismusorganisationen verteilt.
7. Bedingung für die Auszahlung der dem Verkehrsamt der Stadt Bozen und der Kurverwaltung Meran zugewiesenen Beträge ist die Genehmigung der entsprechenden Haushaltsvoranschläge durch das Aufsichtsorgan.

Emendamento n. 1, presentato dal consigliere Köllensperger: Articolo 12, comma 6: Il terzo periodo è così sostituito:

"In caso di mancato rispetto dei criteri di qualità stabiliti dalla Giunta provinciale, quest'ultima richiama l'organizzazione turistica in questione, alla quale può ridurre o revocare le assegnazioni, se entro 6 mesi non adotta misure per rispettare i criteri di qualità."

Artikel 12 Absatz 6: Der dritte Satz erhält folgende Fassung:

"Im Falle einer Nicht-Einhaltung der von der Landesregierung festgelegten Qualitätskriterien, verwarnt die Landesregierung die betreffende Tourismusorganisation, und kann dieser die Zuweisung kürzen oder widerrufen, wenn sie nicht innerhalb von 6 Monaten Maßnahmen ergreift, um die Qualitätskriterien einzuhalten."

Subemendamento n. 1.1 all'emendamento n. 1, presentato dal consigliere Köllensperger: Articolo 12, comma 6: Alla fine del nuovo comma 6 dell'articolo 12 è aggiunto il seguente testo:

"Il gettito dell'imposta comunale di soggiorno è assegnato alle organizzazioni turistiche locali o multinazionali iscritte nell'elenco provinciale delle organizzazioni turistiche nonché all'Azienda di soggiorno e turismo di Bolzano e all'Azienda di soggiorno di Merano, a condizione che vengano rispettati i criteri di qualità stabiliti dalla Giunta provinciale e che venga dimostrata la quota di autofinanziamento stabilita con deliberazione. Una quota non superiore al 25% del gettito dell'imposta comunale di soggiorno, senza aumenti, è versata all'IDM che la assegna alla sede distaccata competente a condizione che anche quest'ultima rispetti i criteri di qualità definiti dalla Giunta provinciale."

Artikel 12 Absatz 6: Am Ende des neuen Artikels 12 Absatz 6 wird folgender Text hinzugefügt:

"Die Einnahmen aus der Gemeindeaufenthaltsabgabe werden den örtlichen oder überörtlichen Tourismusorganisationen, die im Landesverzeichnis der Tourismusorganisationen eingetragen sind, sowie dem Verkehrsamt der Stadt Bozen und der Kurverwaltung Meran, zugewiesen, sofern die von der Landesregierung festgelegten Qualitätskriterien erfüllt werden und der mit Beschluss festgelegte Eigenfinanzierungsanteil nachgewiesen wird. Ein Anteil von höchstens fünfundzwanzig Prozent der Einnahmen aus der Gemeindeaufenthaltsabgabe, ohne Erhöhungen, wird der IDM überwiesen, welche sie der jeweils zuständigen Außenstelle zuweist, sofern auch diese die von der Landesregierung festgelegten Qualitätskriterien erfüllen."

Emendamento n. 2, presentato dal consigliere Köllensperger: Articolo 12, comma 6: Alla fine del comma è aggiunto il seguente periodo:

"Per valutare l'efficienza e l'efficacia dell'impiego dei mezzi assegnati, la Giunta provinciale utilizza gli stessi criteri impiegati per la valutazione dell'IDM."

Artikel 12 Absatz 6: Am Ende des Absatzes wird folgender Satz hinzugefügt:

"Zur Bewertung der Effizienz und Wirksamkeit der Einsetzung der zugewiesenen Mittel zieht die Landesregierung dieselben Kriterien heran, die sie auch zur Bewertung der IDM verwendet."

La parola al consigliere Köllensperger, prego.

KÖLLENSPERGER (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles): Den Änderungsantrag Nr. 1.1 hatten wir schon mehrmals diskutiert. Diesen ziehe ich zurück. Es hat keinen Sinn, das noch einmal aufzuwärmen. Da geht es um die Ortstaxe. Wir haben es gehört. Es steht auch zu Protokoll und das geht so in Ordnung.

Zum restlichen Artikel 12. Hier geht es um die Mittel aus dem Landeshaushalt. Zuerst eine Frage an die Regierung. In Absatz 2 redet man über die Qualitätskriterien. Ich kenne die aktuell in Kraft befindlichen Qualitätskriterien. Gibt es hier neue? Gibt es diese schon oder werden sie erst noch von der Landesregierung erlassen? Eine Frage auch aus Interesse.

Des Weiteren Folgendes. Das hatten wir auch im Ausschuss schon diskutiert. Zu Absatz 6. Hier geht es darum, was mit diesen Geldern passiert. Wenn die zugewiesenen Mittel an die Tourismusorganisationen nicht effektiv und nicht wirksam eingesetzt werden, dann kann die Landesregierung diese Mittel kürzen. Der erste Passus, dass, wenn sie unregelmäßig verwendet werden, die Landesregierung sie kürzt, ist für mich sonnenklar und das muss auch so sein. Was heißt das jetzt aber bei der nicht wirksamen und nicht effizienten Einsetzung? Wer beurteilt dies und mit welchen Kriterien misst man dies? Das ist nicht so leicht, gerade bei einer Branding- oder Imagekampagne. Wie will man das festlegen? Da fällt einem natürlich auf, dass in gewisser Hinsicht gerade die IDM nicht immer mit Effizienz glänzt. Wenn man nur die Internetportale und die zur Verfügung stehenden Budgets und die daraus ergebenden Kosten pro Kontakt sich kurz durchrechnet, dann müsste man mit dieser Definition etwas vorsichtig sein. Ich schlage in Änderungsantrag Nr. 1 zu Absatz 6 vor, dass man das so umschreibt und sich auf ein Kriterium beruft, das besser messbar ist, und zwar die Qualitätskriterien, also eine nicht effiziente, nicht wirksame Einsetzung des Geldes, sondern Folgendes. Im Falle einer Nichteinhaltung der von der Landesregierung festgelegten Qualitätskriterien, verwahrt die Landesregierung die betreffende Tourismusorganisation, und kann dieser die Zuweisung kürzen oder widerrufen, wenn sie nicht innerhalb von 6 Monaten Maßnahmen ergreift, um die Qualitätskriterien einzuhalten. Das gibt mehr Rechtssicherheit und wäre, glaube ich, eine sinnvollere Formulierung als jene, die den Streit schon fast vorprogrammiert.

Im zweiten Änderungsantrag möchte ich dem Absatz 6 noch einen Satz hinzufügen, der Folgendes besagt: "Zur Bewertung der Effizienz und Wirksamkeit eingesetzten Mittel zieht die Landesregierung diesel-

ben Kriterien heran, die sie auch zur Bewertung der IDM verwendet." Dann haben wir zumindest eine durchgängige Bewertung und gleiches Recht, gleiche Kriterien für alle.

KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP): Es ist tatsächlich so, dass es hier natürlich nicht ganz einfach von Seiten der Landesregierung zu einer einseitigen Maßnahme ohne Vorwarnung, ohne auch der Möglichkeit des Widerspruchs der Anhörung und zu einer Kürzung der Mittel kommt, sei es in einem Fall, wo es um die Qualitätskriterien geht als auch im anderen Fall, wo es um die Feststellung der grundsätzlichen nicht effizienten Führung der Organisation geht. Das Gesetz legt hier die Grundlage dafür, dass es sagt, es gibt Maßnahmen, weil wir die Überwachungsfunktion haben. Im Prinzip sagt der Absatz 6, dass die Landesverwaltung die Überwachungsfunktion hat und dass die gesetzliche Grundlage für die Sanktionierung gegeben ist. Für beides gibt es dann die Regeln, zum einen im 9er Gesetz, zum anderen in den Qualitätskriterien, ganz in Ihrem Sinne. Das muss genau geregelt sein, auch das Prozedere. Wir haben heute schon die Regelung. Die Meldung an die Gemeinde ist vorgesehen. Dann findet eine Anhörung zum Versuch der Schlichtung statt usw. Die Landesverwaltung ist dann die entscheidende Schiedsstelle, sollte diese Schlichtung und Klärung auf Gemeindeebene nicht möglich sein. Das ist das Prozedere. Wir werden das in ähnlicher Form auch weiter beibehalten. Die Qualitätskriterien werden überarbeitet. In der Grundausrichtung sind sie beibehalten. Sie müssen schon deshalb überarbeitet werden. Heute steht bei den Qualitätskriterien drinnen, Verein macht das, Tourismusverband macht das, die IDM macht das. Das muss man klarerweise neu schreiben, denn den Verband in dieser Form gibt es nicht mehr, aber die Grundausrichtung ist dieselbe. Produktentwicklung, lokales Marketing für lokale Veranstaltung, Gästebetreuung, Gästeinformation, Mitglieder, das sind alles Aufgaben der Tourismusvereine. Hier gibt es auch Qualitätsstandards, wie diese zu erbringen sind. Ganz generell, warum schreiben wir den Tourismusvereinen Qualitätsstandards vor? Diese werden zu einem großen Teil mit Steuermitteln finanziert. Es wäre sonst absolut sogar rechtswidrig, dass wir sagen, diese kriegen automatisch quasi Steuermittel und dann können sie tun was sie wollen. Nein, das sind die Aufgaben, die zu erfüllen sind und wir müssen das auch kontrollieren. Sonst wäre es nicht zu rechtfertigen, dass man Steuermittel kriegt. Deshalb braucht es im Gesetz auch die Grundlage, dass eine Kürzung möglich ist, wenn man feststellt, dass die Qualitätskriterien nicht eingehalten werden, aber auch zum anderen, nämlich die allgemeine Effizienz. Nehmen wir an, sie halten sich zwar daran, dass sie nicht eigenständig ohne Absprache und Abstimmung ganz einfach zu einer Messe fahren oder irgendwelche Anzeigen in Zeitungen schalten und Millionen verplempern, das machen sie, sie tun gar nichts. Es findet nichts statt, dann habe ich auch diesen allgemeinen Grundsatz der Effizienz. Nur zu sagen, Ihr haltet die Grenzen ein, aber völlig ineffizient, hier muss es auch Mechanismen geben, wo man einfach sagt, man kontrolliert das, man prüft das. Das gibt es dann sicher in einem Verfahren und das regeln wir auf dieser Ebene, wo es einen Widerspruch gibt, wo es eine Anhörung gibt und wo es am Ende wahrscheinlich nicht sofort die Sanktion gibt. Das ist auch heute nicht so. Zunächst gibt es einmal eine Aufforderung seitens der Landesregierung, genauso wie Sie es sagen, innerhalb einer gewissen Zeit die Hausaufgaben zu erledigen. Ich blicke zu Dr. Haller. Es ist die heutige Regelung auch, dass dann die Landesregierung auffordert, das innerhalb von gewisser Zeit zu regeln.

Wenn ich zum Kollegen Wurzer blicke, dann hat er mich darauf hingewiesen, dass man hier letztthin vielleicht zu wenig getan hat, weil er mich gefragt hat, wie viele Verfahren es in diesem Sinne gegeben hat. Eigentlich hat es nur ganz wenige Meldungen gegeben und das hat man dann auf Gemeindeebene im Prinzip schon ausräumen können. Es hat gar keine Mahnschreiben seitens der Landesverwaltung in der Regel gebraucht. Man könnte sagen, wir waren zu wenig streng. Wir werden es gemeinsam erarbeiten müssen, wie wir das tun.

Ihr Anliegen, einmal im 9er Gesetz, das die Finanzierung regelt, und dann in den Durchführungsbestimmungen die Qualitätskriterien, wo man das Verfahren genau regelt. Das ist nur die gesetzliche Grundlage, dass wir überhaupt die Kontrolle durchführen, denn diese braucht es auf jeden Fall, und zwar beide, die Qualitätskriterien und die generelle Effizienz der Dienstleistung.

PRESIDENTE: Prima di passare alla votazione möchte ich den Vorarlberger Gemeindenverband mit Landtagspräsident Harald Sonderegger und Frau Landesrätin Katharina Wiesflecker und alle Bürgermeister im Landtag herzlich willkommen heißen. Ich wünsche einen schönen Aufenthalt hier in Bozen.

L'emendamento n. 1.1 è ritirato.

Apro la votazione sull'emendamento n. 1: respinto con 4 voti favorevoli, 17 voti contrari e 11 astensioni.

Apro la votazione sull'emendamento n. 2: respinto con 2 voti favorevoli, 18 voti contrari e 13 astensioni.

Chi chiede la parola sull'articolo 12? Consigliere Tinkhauser, prego.

TINKHAUSER (Die Freiheitlichen): Im Zusammenhang zur Finanzierung. Wir haben gestern die Finanzierungsformen zwischen Ortstaxe, freiwillige Abgabe usw. diskutiert. Freiwillige Abgabe 19,3 Millionen immer noch, Ortstaxe 35 Millionen, nur was die Schlüsselbeiträge und Investitionsbeiträge betrifft, also jene der öffentlichen Hand haben wir nicht in diesem Sinne gehört. Deswegen nur Interesse halber eine Auskunft diesbezüglich.

HEISS (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): In diesem Zusammenhang gleichfalls nur eine kurze, aber doch nachdrückliche Anregung. Wir sehen deutlich, wie sehr sich das Aufkommen aus der Ortstaxe erhöht hat in den letzten Jahren. Das wird auch weiterhin der Fall sein. Dankenswerterweise hat uns der Fachbereich diese Aufstellung übermittelt, die offenbar nicht ganz gültig ist, aber doch eine Richtschnur mit einem jeweils 5-Millionen-Zuwachs pro Jahr für die Ortstaxe gibt. Uns scheint schon, dass es umso wichtiger ist, die Einhaltung der Qualitätskriterien sorgfältiger zu überprüfen in Zukunft als es bisher der Fall war, weil über die Ortstaxe hinaus doch zusätzliche Mittel einfließen und die Gemeinden Mittel bereitstellen und dass sich damit ein erheblicher Finanzierungscomplex ergibt, der nicht immer und bis ins Letzte zu durchschauen ist vor Ort. Deswegen denken wir, dass jetzt nicht die scharfe Tour gefahren werden soll, aber doch mit notwendigem Nachdruck und Vorsicht Instrumente entwickelt werden sollen, um diese Finanzierungsmöglichkeiten sorgsam nach Qualität zu durchleuchten.

KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP): Zunächst zur Frage vom Kollegen Tinkhauser. Mit den Präsidenten des Rates der Gemeinden und des Gemeindenverbandes ist vereinbart worden, dass die Gemeinden auf jeden Fall, und zwar jede einzelne Gemeinde, die Rechnung wird nicht nur in Summe gemacht, sondern bezogen auf jede einzelne Gemeinde, den Durchschnittsbetrag der zwei Jahre vor Einführung der Ortstaxe und ein Jahr Ortstaxe, der Durchschnitt wird auf die zwei Jahre davor herangezogen als Unterstützung für die Tätigkeit der Tourismusvereine, in ihren Bilanzen ausweisen und auch zahlen müssen. Das wird Gegenstand auch der Vereinbarung über die Gemeindefinanzierung sein. Das ist so vereinbart. Das wird als Kriterium hineingeschrieben, also neben all den anderen Pflichten, 90 Prozent Deckungssatz bei den Tarifen, man kennt die Vereinbarung über die Gemeindenfinanzierung, ist das eine neue Pflicht, die eingeführt wird. Dieser Durchschnittsbetrag, also ein Jahr, wo es die Ortstaxe schon gab und die zwei Jahre davor. Der darf nicht unterschritten werden. Präsident Schatzer hat gesagt, Kollege Heiss hat gestern in seiner Stellungnahme darauf hingewiesen, viereinhalb Millionen werden wir dann schon aufbringen. Nein, das wird nicht eine Gut-Will-Geschichte sein, sondern wir machen die Rechnung. Und da kommen aus meiner Sicht ein bisschen mehr als viereinhalb Millionen heraus. Das ist die Vereinbarung. Dieser Schnitt wird herangezogen und auch jede Gemeinde hat diesen Schnitt als Benchmark, denn nach Einführung der Ortstaxe haben viele Gemeinden gemeint, jetzt könne man ja. Das war nicht der Sinn der Ortstaxe, die Gemeinden zu entlasten finanziell. Der Sinn der Ortstaxe war mehr Mittel für die Tourismuswerbung, im Besonderen für die Werbung zur Verfügung zu haben, da wir im Vergleich zum Trentino und auch zum Bundesland Tirol nicht gut aufgestellt sind und davon weit weg sind. Dann ganz einfach zu sagen, gut, dann lassen wir es jetzt, dann sind wir wieder an der gleichen Stelle. Das ist die Vereinbarung. Die Landesbeiträge bleiben im selben Ausmaß, also in Summe zwischen Land und Gemeinde sind es zwischen der Finanzierung IDM für touristisches Marketing, für Schlüsselbeiträge und den Gemeinden 25 Millionen, also diese Summe der dritten Säule, das sind die öffentlichen Mittel. Somit haben wir 19 Millionen erste Säule freiwillige Beiträge, 35 – Bemerkung vom Kollegen Heiss - hier sind eine Reihe von Sonderinitiativen auch mit finanziert worden. Deshalb muss man es schon ein bisschen genauer betrachten, wie diese 35 Millionen zustande kommen. Es haben einige Tourismusorganisationen Anstrengungen unternommen. Die Gemeinden haben es genehmigt, erhöhte Tarife anzuwenden, es waren in erster Linie Mobilitätskonzepte oder sonstige Sonderinitiativen, auch diese zu finanzieren.

Wir sprechen von 180 Millionen. Wir würden jetzt auf 70 Millionen kommen. Das war auch das Ziel. 70 habe ich ausgegeben, damit müssen wir beginnen. Wir sind jetzt genau dort gelandet, also es hat schon funktioniert.

PRESIDENTE: Apro la votazione sull'articolo 12: approvato con 18 voti favorevoli e 13 astensioni.

Art. 13

Ulteriori agevolazioni

1. In aggiunta ai fondi previsti dall'articolo 12 vengono stanziati annualmente nel bilancio provinciale appositi fondi per progetti di investimento di interesse turistico promossi dalle organizzazioni turistiche. Tali iniziative possono essere intraprese da parte delle organizzazioni, singole o associate, o in compartecipazione con enti e privati.

2. La Giunta provinciale, con deliberazione da pubblicarsi nell'albo online della Provincia, definisce i criteri e le modalità per la concessione dei fondi di cui al comma 1, nonché le modalità di liquidazione dei medesimi e la documentazione da presentarsi all'uopo.

Art. 13

Zusätzliche Förderungen

1. Zusätzlich zu den in Artikel 12 vorgesehenen Mitteln, werden im Landeshaushalt jährlich Mittel bereitgestellt für Investitionsvorhaben, die für den Tourismus von Belang sind und von den Tourismusorganisationen umgesetzt werden. Diese Vorhaben können sowohl von den einzelnen oder zusammengeschlossenen Organisationen als auch unter Beteiligung von anderen Körperschaften und Anstalten oder von Privatpersonen ausgeführt werden.

2. Die Landesregierung bestimmt mit Beschluss, der auf der digitalen Amtstafel des Landes zu veröffentlichen ist, die Kriterien und Modalitäten für die Gewährung der Mittel laut Absatz 1, sowie die Modalitäten für die Auszahlung und die Unterlagen, die in diesem Zusammenhang vorzulegen sind.

Emendamento n. 1, presentato dai consiglieri Heiss, Dello Sbarba e Foppa: Articolo 13, comma 1: Nell'ultimo periodo le parole "e private" sono soppresse.

Artikel 13 Absatz 1: Im letzten Satz wird der Passus "oder von Privatpersonen" gestrichen.

La parola al consigliere Heiss, prego.

HEISS (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Hier haben wir den Bereich der zusätzlichen Förderungen, sozusagen der zusätzlichen Incentives für Investitionsvorhaben, die für den Tourismus von Belang sind und von den Tourismusorganisationen umgesetzt werden. Da ist ein gewisser Ermessensspielraum hier drinnen. Das ist eine gewisse zusätzliche Finanzierungsmöglichkeit, eine gewisse Beinfreiheit, um hier noch zusätzliche Aktionen zu lancieren. Das kann man nachvollziehen. Allerdings die Träger dieser zusätzlichen Investitionen sind hier vorgesehen, Organisationen, einzelne und zusammengeschlossene, andere Körperschaften oder auch Privatpersonen. Die Privatpersonen scheinen mir schon ein wenig weit zu gehen, Herr Landeshauptmann. Was darunter zu verstehen ist, sollten Sie ein wenig erläutern. Ich wäre jedenfalls skeptisch, hier zu sagen, es gibt Aufgaben, die nicht von Institutionen oder Organisationen ausgeübt werden können in diesem Bereich. Da braucht es ausgerechnet Private. Hier wäre ich doch ein wenig skeptisch und würde dafür plädieren, hier keinen Reinhold-Messner-Artikel einzufügen.

KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP): Das ist mit Sicherheit kein Reinhold-Messner-Artikel, auch wenn der Artikel die Person Reinhold Messner betreffen könnte, aber wir haben ganz vielfältige Initiativen, die von touristischer Relevanz sind und die auch von Privatpersonen durchgeführt werden. Wir legen, Absatz 2 sieht das vor, die Modalitäten, Kriterien, Voraussetzungen usw. fest. Natürlich müssen das Initiativen im öffentlichen Interesse sein, also nicht irgendeine private Geschichte, die man dann zu Hause schön hat, aber es gibt jede Menge Initiativen im Land. Diese hat es auch in der Vergangenheit gegeben, die nicht nur von Organisationen öffentlichen Charakters, sondern auch von Privaten – das sind Unternehmen – gemacht werden. Hier geht es zum Beispiel um ganz viele Bereiche von "Museen", die rein touristisches Interesse haben. Das gibt es, wo dann auch etwas gezeigt wird und in Privatbesitz ist, aber das als touristische

Attrazione in einer Gemeinde, da gibt es jede Menge Beispiel in Südtirol, von Privaten auch aufgewertet wird. Das kann irgendein Hof sein, wo man Führungen macht. Es kann auch ein Schloss oder sonst etwas sein, wo ich nicht andere Schienen habe, weil es ein rein touristisches Interesse ist. Solche Initiativen gibt es. Das werden nicht Wahnsinnsbeträge sein oder wahnsinnig viele, aber mit Kriterien, wo das öffentliche Interesse festgestellt wird und wo dann selbstverständlich in solchen Fällen immer mittels Vereinbarung sichergestellt wird, dass das zumindest für eine gewisse Laufzeit von 20 Jahren, 30 Jahren auch den Zweck erfüllt, wenn man hier einen Investitionsbeitrag gibt, nämlich dieses touristische Interesse zu fördern, dann kann man einen Beitrag auch an Privatpersonen gewähren. Das wird die Ausnahme sein, aber es ist nicht ein Ad-hoc-Artikel für irgendjemanden. Die Investitionen auf Schloss Sigmundskron sind Investitionen des Vermögens des Landes, wie sie wissen, denn das Schloss gehört dem Land und nicht dem Herrn Messner.

PRESIDENTE: Apro la votazione sull'emendamento n. 1: respinto con 5 voti favorevoli, 18 voti contrari e 7 astensioni.

Chi chiede la parola sull'articolo 13? Nessuno. Apro la votazione: approvato con 17 voti favorevoli e 14 astensioni.

Art. 14

Agevolazioni a favore dell'associazione più rappresentativa delle organizzazioni turistiche

1. La Provincia è autorizzata a concedere contributi nella misura massima del 90 per cento all'associazione più rappresentativa delle organizzazioni turistiche per le spese sostenute per la stipulazione di polizze assicurative, al fine di tenere indenni i proprietari di piste di sci da fondo, sentieri, percorsi ciclabili o piste segnalate per mountain bike aperti al pubblico, in caso di azioni da richieste di risarcimento danni e conseguenti spese legali. La Provincia può anche stipulare direttamente dette polizze.

2. La Provincia è autorizzata inoltre a concedere all'associazione più rappresentativa delle organizzazioni turistiche ulteriori agevolazioni ai sensi dell'articolo 13.

Art. 14

Förderung des repräsentativsten Verbands der Tourismusorganisationen

1. Das Land ist ermächtigt, dem repräsentativsten Verband der Tourismusorganisationen Beiträge im Höchstausmaß von 90 Prozent der für den Abschluss von Versicherungsverträgen getätigten Ausgaben zu gewähren, um Eigentümer von öffentlich zugänglichen Langlaufloipen, Wanderwegen, Fahrradwegen oder ausgeschilderten Mountainbikepisten bei etwaigen Klagen zur Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen samt den daraus entstehenden Prozesskosten schadlos zu halten. Das Land kann diese Versicherungsverträge auch direkt abschließen.

2. Weiters ist das Land ermächtigt, dem repräsentativsten Verband der Tourismusorganisationen zusätzliche Förderungen im Sinne von Artikel 13 zu gewähren.

Chi chiede la parola sull'articolo 14? Nessuno. Apro la votazione: approvato con 17 voti favorevoli e 14 astensioni.

CAPO V

DISPOSIZIONI TRANSITORIE E FINALI

Art. 15

Associazioni e società cooperative esistenti

1. Le organizzazioni turistiche già iscritte nel registro di cui all'articolo 16 della legge provinciale 18 agosto 1992, n. 33, sono iscritte d'ufficio nell'elenco di cui all'articolo 4.

2. In caso di accertata incompletezza o mancanza della documentazione da presentare per l'iscrizione nell'elenco provinciale, quest'ultima deve essere completata o consegnata entro sei mesi dalla pubblicazione dei criteri e delle modalità per l'iscrizione nell'elenco provinciale ai sensi dell'articolo 5, comma, 3 della presente legge, a pena di cancellazione dall'elenco.

3. *Le organizzazioni turistiche già esistenti alla data di entrata in vigore della presente legge possono rimanere in vita in quanto tali, anche, se non soddisfano il presupposto di cui all'articolo 5, comma 1, lettera a).*

5. ABSCHNITT

ÜBERGANGS- UND SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Art. 15

Bestehende Vereine und Genossenschaften

1. *Die Tourismusorganisationen, die bereits in das von Artikel 16 des Landesgesetzes vom 18. August 1992, Nr. 33, vorgesehene Verzeichnis eingetragen sind, werden von Amts wegen in das Landesverzeichnis laut Artikel 4 eingetragen.*
2. *Wird festgestellt, dass die Unterlagen, die für die Eintragung in das Landesverzeichnis vorzulegen sind, fehlen oder unvollständig sind, müssen diese innerhalb von sechs Monaten ab Veröffentlichung der Kriterien und Modalitäten für die Eintragung in das Landesverzeichnis gemäß Artikel 5 Absatz 3 dieses Gesetzes vervollständigt oder nachgereicht werden, bei sonstiger Streichung aus dem Verzeichnis.*
3. *Tourismusorganisationen, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes bereits bestehen, können als solche bestehen bleiben, auch wenn sie die Voraussetzung laut Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe a) nicht erfüllen.*

Chi chiede la parola sull'articolo 15? Nessuno. Apro la votazione: approvato con 17 voti favorevoli e 13 astensioni.

Art. 16

Abrogazione

1. *La legge provinciale 18 agosto 1992, n. 33, e successive modifiche, eccetto gli articoli 23, 24, 25 e 26, è abrogata con effetto dal 1° gennaio 2018.*
2. *Le disposizioni di cui alla legge provinciale 18 agosto 1992, n. 33, e successive modifiche, continuano a trovare applicazione limitatamente alle domande giacenti e non ancora evase.*
3. *I richiami alla legge provinciale 18 agosto 1992, n. 33, per la parte abrogata, contenuti nelle leggi provinciali devono intendersi riferiti alla presente legge.*

Art. 16

Aufhebung

1. *Das Landesgesetz vom 18. August 1992, Nr. 33, in geltender Fassung, mit Ausnahme der Artikel 23, 24, 25 und 26, ist mit Wirkung vom 1. Jänner 2018 aufgehoben.*
2. *Die Bestimmungen des Landesgesetzes vom 18. August 1992, Nr. 33, in geltender Fassung, finden beschränkt auf bereits aufliegende und noch nicht bearbeitete Anträge weiterhin Anwendung.*
3. *Die in Landesgesetzen enthaltenen Verweise auf das Landesgesetz vom 18. August 1992, Nr. 33, bezogen auf den abgeschafften Teil, sind als Bezug auf gegenständliches Gesetz zu verstehen.*

Chi chiede la parola sull'articolo 16? Nessuno. Apro la votazione: approvato con 17 voti favorevoli e 14 astensioni.

Art. 17

Disposizione finanziaria

1. *Alla copertura degli oneri derivanti dall'attuazione della presente legge si provvede a decorere dall'anno 2018 mediante corrispondente riduzione dell'autorizzazione di spesa recata dalla legge provinciale 18 agosto 1992, n. 33, e successive modificazioni, come rifinanziata dalla legge provinciale 22 dicembre 2016, n. 28.*

Art. 17

● ● ● ● ● ● ● ●

Finanzbestimmung

1. Die Deckung, der aus diesem Gesetz entstehenden Lasten ab dem Jahr 2018, erfolgt durch die entsprechende Reduzierung der Ausgabenermächtigung bezüglich des Landesgesetzes vom 18. August 1992, Nr. 33, in geltender Fassung, wie durch das Landesgesetz vom 22. Dezember 2016, Nr. 28, refinanziert.

Chi chiede la parola sull'articolo 17? Nessuno. Apro la votazione: approvato con 17 voti favorevoli e 13 astensioni.

Art. 18

Entrata in vigore

1. La presente legge provinciale entra in vigore il 1o gennaio 2018.

Art. 18

Inkrafttreten

1. Dieses Landesgesetz tritt mit 1. Jänner 2018 in Kraft.

Chi chiede la parola sull'articolo 18? Nessuno. Apro la votazione: approvato con 17 voti favorevoli e 14 astensioni.

Passiamo alle dichiarazioni di voto. Consigliere Knoll, prego.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Wir hatten gestern bereits bei der Generaldebatte sehr viele Bereiche des Tourismus erörtert. Ich glaube, wir sind uns einig, dass wir in Südtirol einen Tourismus wollen, der eine Nachhaltigkeit hat, der auch einen gewissen Wohlstand im Land garantiert, der aber trotz alledem die Authentizität unseres Landes nicht verfälscht. Ich glaube, das ist das Geheimnis des Südtiroler Tourismus.

Wir hatten gestern bereits über die Rolle der Tourismusverbände diskutiert. Wir haben nach wie vor die Sorge, dass mit dieser neuen Regelung diese Authentizität der lokalen Tourismusverbände nicht mehr in der Form gewährleistet werden kann wie das bisher der Fall war. Wir sehen in dieser neuen Struktur, die hier geschaffen wird, in dieser Strukturordnung einfach die Gefahr, dass hier sozusagen im Interesse des Landes, und das ist jetzt nicht negativ gemeint, sondern im Interesse einer Landestourismuswerbung die lokale Tourismuswerbung zu kurz kommt. Wir glauben einfach, dass diese lokale Tourismuswerbung im Grunde genommen auch die Seele des Südtirol Tourismus ist. Es ist nicht Südtirol als Land, als Destination, so wichtig es auch ist, dass die Destination Südtirol vermarktet wird, sondern die Destination Südtirol alleine zu wenig ist. Die Gäste, die nach Südtirol kommen, haben eine sehr, sehr starke Bindung zum lokalen Bezug Südtirols, zu der Ortschaft, in der sie kommen, zu den Hotels, zu denen sie kommen, zu den Familien, zum Umfeld, in das sie kommen und da sehen wir einfach die Gefahr. Wenn das sozusagen unter die Käseglocke der Landestourismuswerbung gestellt wird, dann kommt diese lokale Vermarktung zu kurz. Darauf ist einfach zu achten, weil wir glauben, dass das ein Schaden für den Tourismus ist.

Ein zweiter Punkt, auch dieser wurde schon angesprochen, ist, dass Südtirol langfristig ein Tourismusleitbild braucht, wie viel Tourismus Südtirol überhaupt noch verträgt. Auch hier sehe ich ein bisschen die Gefahr, dass viel zu wenig darauf geachtet wird, gerade in den Tourismushochburgen, dass große Probleme auf das Land zukommen, weil die Infrastrukturen nicht mehr auf einen Massentourismus ausgerichtet sind, dass man sich hier auch überlegen muss, dass es langfristig auch Bremsen braucht, um nicht ein gewisses Niveau zu überschreiten, das dann dem Tourismus langfristig schadet, damit einhergehend natürlich auch die Frage, dass Südtirol eine qualitativ hochwertige Tourismusdestination sein will, auch mit einem gewissen Preissegment, dass es keinen Sinn macht, sich damit in gegenseitigen Unterbietungen im Grunde genommen dem Image des Landes zu schaden.

Ein Aspekt, der vor allem uns wichtig ist, ist, dass die Chance und gleichzeitig auch der größte Trumpf, den Südtirol im Tourismus hat, die Kultur des Landes ist. Damit meine ich sowohl die Landschaft, also die intakte Naturlandschaft, die wir haben, aber auch die kulturelle Identität unseres Landes.

Ich möchte bei dieser Stimmabgabeerklärung natürlich auf die aktuelle Diskussion, die heute durch alle Medien geistert, eingehen, nämlich diese Kulturbewerbung Merans zur Kulturhauptstadt, weil das auch etwas damit zu tun hat, wie Gäste, die in Südtirol Urlaub machen, Südtirol wahrnehmen. Wenn ich hier lese, dass der Vizebürgermeister von Meran, welcher der Fraktion der Grünen angehört, die Südtiroler als

Tschöggel abstempelt und behauptet, dass der Faschismus den Tourismus in Südtirol erst so richtig zum Leben gebracht hat, dann sage ich, dass dies ein Tourismusbild ist, mit dem ich mich nicht identifizieren kann. Ich glaube, dass in diesem Zusammenhang auch die Frage zum Tragen kommt, wie Südtirol nach außen hin wahrgenommen werden möchte. Welches Bild möchten wir den Touristen von Südtirol vermitteln? Sind wir ein Land, in dem Authentizität, kulturelle Identität eine Rolle spielt oder wollen wir uns als Land Südtirol sozusagen als Faschismus-Jurassic-Park, als Multikulturland verkaufen, das in der Realität überhaupt nicht existiert? Ich glaube, das wäre der falsche Zugang für eine Tourismuswerbung zu Südtirol. Und da kommt natürlich auch die Frage mit hinein. Es hat in der Vergangenheit große Fehler gegeben, dass man versucht hat, Tourismusdestinationen wie Seitentäler, aber auch das Pustertal, das Passeiertal mit einem mediterran italophilen Tatsch zu verkaufen, der einfach nicht gegeben ist, weder in der Kultur der Täler noch in der Kultur des Landes selber. Ich glaube, Südtirol braucht sich nicht seiner Identität zu schämen. Südtirol braucht sich auch nicht dafür zu schämen, seine Tiroler Identität in diese Tourismuskonzeptvermarktung mit einfließen zu lassen. Ich kann mich nur – das sage ich hier im Landtag ganz bewusst – entsetzt zeigen von diesem Grünbild, das in Meran von Südtirol vermittelt werden soll. Wie kommt ein Vizebürgermeister der Grünen dazu, die Südtiroler als Tschöggel abzustempeln? Wie kommt ein Vizebürgermeister der Grünen dazu zu sagen, dass die Südtiroler unfreundlich gegenüber den italienischen Touristen wären? Das ist tourismusschädigend. Ich möchte wissen, wo im Pustertal ...

ABGEORDNETE: *(unterbricht)*

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Der Vizebürgermeister von Meran, der den Grünen angehört, ist der Herr Rossi. Wo bitte sind die Tourismustreibenden im Pustertal unfreundlich gegenüber den italienischen Gästen? So etwas ist im höchsten Maße tourismusschädigend. Das ist nicht nur eine Beleidigung für die Südtiroler, sondern wirtschafts- und tourismusschädigend und das kann man hier im Südtiroler Landtag nur mit aller Vehemenz ablehnen.

Wir werden von den Grünen oft dafür kritisiert, dass wir sie als Pazifaschisten bezeichnen. Das muss ich zurücknehmen. Das "Pazi" kann man eigentlich streichen. Das ist Faschismus in Reinform und gegen diese Form auch der falschen Identitätsgebung. Wenn man die Begründung der Argumentation gelesen hat – jetzt verlasse ich den polemischen Teil wieder –, dann hieß es: "Damit das in Rom angenommen wird, muss man halt Südtirol so vermarkten. Da sehe ich genau ein Konzept der Tourismusvermarktung, das in den letzten Jahren immer wieder genau in diese Richtung gegangen ist. Wir haben geglaubt, dass, wenn wir Touristen nach Südtirol holen wollen, wir Südtirol als etwas anders verkaufen müssen als was es eigentlich ist. Diese Diskussion hatten wir in der Vergangenheit mit der SMG, wo es geheißen hat, wenn Südtirol praktisch im englischsprachigen Markt, im niederländischen Markt, im französischen Markt sich verkaufen will, dann können wir nicht unsere deutschen und ladinischen Ortsnamen verwenden, sondern die italienischen Ortsnamen. Auch das ist im Grunde genommen dieser Glaube, dass Südtirol als Destination nicht konkurrenzfähig wäre und dass wir uns eigentlich eine Scheinidentität aufzwingen müssen, um uns als Destination Südtirol vermarkten zu können. Ich glaube, das wäre langfristig der komplett falsche Zugang auch auf dem italienischen Markt. Der italienische Gast schätzt Südtirol, und zwar nicht, weil wir eine normale italienische Provinz sind, sondern weil wir etwas Besonderes sind, weil hier die Kultur anders ist, weil hier auch die Wertschätzung gegenüber dem Land eine völlig andere ist als das in anderen Regionen der Fall ist. Ich glaube, auf diese Authentizität sollten wir setzen.

KÖLLENSPERGER (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles): Das Gesetz ist in einigen Punkten ein bisschen verbessert worden, zwar nicht entscheidend, aber diese zu starke Stellung der IDM ist doch etwas abgeschwächt worden, indem man die Zusammenarbeit nicht mehr so zwingend im Gesetz vorfindet. Aber es ist schon klar, dass die Aussicht im Gesetz im Grunde genommen jene bleibt, die es vor der Debatte vor dem heutigen Tage auch war. Deswegen hat sich auch meine Meinung dazu grundlegend nicht geändert.

Das Thema einer Abschaffung einer Ebene ist okay, das kann ich teilen, das hatte ich bereits im Ausschuss gesagt. Aber wenn wir es genau anschauen im Grunde genommen, dann gibt es weiterhin drei oder, besser gesagt, vier Ebenen, wenn wir die Anbieter auch nehmen. Wenn es früher die IDM war, dann die Tourismusverbände, die Vereine und schlussendlich die Anbieter vor Ort, dann haben wir jetzt die IDM, die drei Außenstellen, die Vereine und die Anbieter vor Ort. Das hat sich im Grunde genommen nicht so viel

geändert, außer dass man die Ebene der Verbände jetzt verbeamtet hat in die öffentliche Hand, und zwar in Form von drei Außenstellen einführt. Ich hätte es besser gesehen und zielführender, wenn man jene Verbände nur wegtut, die effektiv nicht unbedingt nötig waren, die nicht einem Produkt entsprechen oder die sogar Gelder hergenommen haben, um eine Marke aufzubauen, wo darunter kein Produkt ist. Da bin ich voll einverstanden, aber es gab mindestens fünf bis sechs Verbände, die ganz ausgezeichnet gearbeitet haben und die die Leidtragenden dieser Reform sind.

Ich habe es bereits eingangs gesagt. Sicher wäre es das Ziel, eine Ebene abzuschaffen, aber es braucht ungefähr 15 bis 20 Organisationen, die das Territorium bearbeiten und die die Marken, wo Erlebnisräume darunter stehen, auch weiterbringen. Drei IDM sind zu wenig, gerade im Osten werden wir schnell sehen, dass das nicht funktioniert. Auf der anderen Seite bin ich der Meinung, dass fast 80 Tourismusvereine wieder zu viel sind. Dieses Thema, aber wenn politisch brisant, ist einmal völlig ausgespart worden und wird hier in diesem Gesetz überhaupt nicht angegangen. Daher glaube ich, dass diese Reform auf der einen Seite gut arbeitende Verbände bestraft und auf der anderen Seite ein brisantes Thema nicht angeht und damit zu kurz greift.

Die Monopolstellung oder Zentralisierung ist heute ein bisschen abgeschwächt worden, aber es ist schon klar, dass heute im Vergleich zu früher mehr zentrale Macht und mehr zentrale Kontrolle ausgeübt werden wird. Weiters steht auch in den Sternen, ob die IDM in diese Rolle als Dienstleister der Tourismusorganisationen hineinwachsen kann und ob sie diese Dienste auch auf dem Markt effizient anbieten kann, so effizient mit so einem guten PreisLeistungsverhältnis, dass die Vereine, die Organisationen diese auch annehmen werden.

Was schon im Gange ist und was auch leicht vorauszusagen ist, ist, dass vieles, was früher ein Verbandsfonds war, in privater Form weitergehen wird und auch diese Ebene wird schlussendlich bleiben. Wir haben das anderswo schon gesehen. Im Trentino haben sie ähnliche Versuche gemacht und sind zurückgerudert. Die Tirolwerbung wollte das machen, hat es auch bleiben lassen. Ich kenne die Erfahrung aus dem Veneto und von anderen Regionen her. Wo es öffentlich nicht funktioniert, wird es privat weitergemacht und dann ist noch weniger koordiniert. Dann haben wir diese Ebene wieder nachgebildet.

Das, was mir am meisten leid tut, ist, dass hier einiges Gutes, das es gegeben hat, einige wirklich gut arbeitende Verbände, verloren geht. Ich befürchte, dass das nicht mehr gutzumachen ist, wenn man in einem Jahr oder zwei Jahren sieht, dass hier die Reform oder die IDM in dieser Form nicht funktionieren wird. Aus diesen Zweifeln, die ich hier hege, werde ich weiterhin mit Nein stimmen, so wie ich es auch anfangs angekündigt habe.

HEISS (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Wir haben mit Interessen die Ausführungen des Kollegen Knoll gehört, der en passant uns als Faschisten bezeichnet hat. Wir danken für diesen Anwurf, der widerlich ist und der sich selber qualifiziert. Ein widerlicher Anwurf, Kollege Knoll, ich sage nichts weiter dazu. Ich kann das nur mit kalter Verachtung quittieren. Es ist Euer Stil und der fällt auf Euch zurück und wir werden nicht mit gleicher Münze kontern. Wir fordern Euch auch nicht dafür auf, Euch zu schämen, denn dazu seid Ihr nicht imstande. Auch das Zitat "der unfreundliche Tschögg", das angeblich im Dokument drinnen stehen soll, ist rein phantasiebegabt eine Erfindung des Journalisten Oberhofer. Wenn Sie den Bericht selber lesen, dann finden Sie einen anderen Duktus drinnen und keineswegs den Terminus "der unfreundliche Tschögg", aber für Ihre Strategien ist das bestens geeignet und dafür gratulieren wir. Auf diese Ebene gehen wir nicht, nicht einmal zu einem Pfui soll das reichen.

Zum Gesetz selber. Es ist, wie gesagt, ein wichtiger Moment für die Tourismusentwicklung Südtirols. Das Wachstum hat einen Grad erreicht, der erheblich ist. Diese Organisation schlägt in dieser Phase entschieden ein.

Wir haben vor fünf Jahren die Finanzierungsgrundlagen mit Erfolg neu definiert, das möchte ich sagen. 2012 ist hier Landesrat Berger heftig attackiert worden vom HGV, man muss sagen zu Unrecht heftig attackiert worden. Wie haben damals als Grüne mit der Mehrheit gestimmt für die Einführung der Finanzierung, weil wir der Auffassung waren, dass der Sektor sich über die Gäste selber finanzieren soll. Ich glaube, dies war eine gute Entscheidung, also unser Neinsagertum, Kollege Steger, hat in diesem Punkt doch Grenzen gehabt und Landesrat Berger hat uns dafür auch gedankt.

Jetzt ist eine Phase erreicht, wo, erstens, das Wachstum, zweitens, die Finanzierungsgrundlagen erheblich gewachsen sind, eine zentrale Phase und diese Umstellung hier in Richtung IDM mit der Ausschaltung der einen Ebene ist eine problematische Phase. Sie ist von der Intention her, von der Schaffung von

Erlebnissräumen her nachvollziehbar, von der Ausbildung dieser Organisationen nachvollziehbar unter Wegnahme der Verbände, aber ich teile auch die Befürchtungen des Kollegen Köllensperger. Es wird schwierig sein, die Rolle der Verbände kurzfristig zu ersetzen. Länger- und mittelfristig kann es funktionieren, wenn diese Zusammenschlüsse auf der örtlichen Ebene kommen, wenn sich die Vereine vergrößern und in gewisser Weise auch die Aufgaben der Verbände absorbieren, aber es wird eine Übergangsphase sein, die relativ lange dauern kann und in dieser Phase hängt einiges in der Luft. Da sehen wir Probleme, die hier sind und wir müssen auch darauf achten, ob die IDM in der Lage sein wird, die enormen Herausforderungen, vor der sie steht, einerseits organisatorisch die Integration zu leiten, Erlebnissräume zu definieren und zugleich die Werbung nach außen zu tragen, ob sie damit nicht überfordert ist. Das wird man sehen müssen, also es ist ganz wesentlich darauf zu achten, der IDM eine gewisse Stärke zu verleihen.

Wir ersuchen nachdrücklich, was wir gesagt haben, dem Prinzip der Nachhaltigkeit auch im Tourismus ein wenig Flügel zu verleihen. Wir glauben wirklich, dass die Situation aktuell so ist, dass wir wirklich an einer Grenze stehen, die von vielen Kollegen hier angesprochen wurde. Es wird sicher so sein, dass diese Belastung und Überlastung auch von den Bürgerinnen und Bürgern zunehmend nicht mehr mitgetragen wird. Wir haben in der Öffentlichkeit, im Radio, im Fernsehen in vieler Hinsicht die Kritiken gehört und darauf muss man achten. Der Tourismus belastet auch die Einheimischen im erheblichen Ausmaß, nicht nur über den Verkehr, sondern auch über die Preisbildung. Wir glauben, dass dieses Prinzip der Nachhaltigkeit eingeführt werden sollte. Ich denke auch daran, dass etwa im Bereich der Erlebnissräume Kriterien der Nachhaltigkeit eingeführt werden sollten. Wir haben Erlebnissräume, die sich mit dem Thema Essen, Wein, Kultur, Wandern usw. beschäftigen. Warum nicht einen Erlebnisraum schaffen, der Bio, der Regionalität heiße, der sich auf diese Parameter beziehen würde? Warum nicht im Vinschgau einen solchen Erlebnisraum schaffen, wo auch eine Klientel von Gästen da ist, die darauf sensibel ist? Wer im Oberen Vinschgau die Gäste sieht, dann sieht er eine touristisch und ökologisch sensible Klientel, also es wäre auch im Interesse des Klimalandes Südtirol, hier diese Nachhaltigkeit zu implementieren.

Unter diesen Voraussetzungen werden wir uns bei der Abstimmung der Stimme enthalten, weil wir glauben, dass die Reform in eine wirkungsvolle Richtung geht, aber sie hat Schwächen.

URZÌ (L'Alto Adige nel cuore): Io mi sono già stupito ieri e volevo in questo piccolo spazio che ci è riservato, tornare a manifestare il mio stupore, perché questo dibattito che si è articolato sulla legge della riorganizzazione delle organizzazioni turistiche è un dibattito che verte sostanzialmente sull'impegno che l'Alto Adige intende assumere nel promuovere e nell'organizzare tutto ciò che struttura e organizza la promozione del nostro territorio verso il pubblico, che è un pubblico locale, nazionale e internazionale. Da qui si è aperto il dibattito che ha riguardato le fonti di finanziamento, l'organizzazione della rete, il collegamento con l'amministrazione pubblica ed è mancato invece un capitolo fondamentale, che in maniera distorta e provocatoria i colleghi della SÜD-TIROLER FREIHEIT hanno voluto tirare in ballo e che io voglio vedere da una prospettiva completamente e diametralmente opposta. Il concetto però sull'immagine che si vuole dare del nostro territorio deve rimanere centrale, perché altrimenti rimane solo burocrazia e l'immagine che si vuole dare del territorio – ecco la visione diametralmente opposta rispetto a quella dei colleghi – e rivendico con forza e mi stupisco del fatto che questo tema sia stato deliberatamente oscurato nel corso del dibattito, il tema è la centralità del valore plurale del nostro territorio. Al di là delle formule organizzative e delle fonti di finanziamento esiste un'idea che abbiamo noi del nostro territorio. Qual è questa idea? È per questo che io mi sono sentito in dovere di proporre quell'ordine del giorno ieri, proponendo al presidente anche la possibilità di concordarne una forma diversa. Il tema è stato immediatamente messo nel cassetto e il tema era, e lo ribadisco adesso anche con un minimo di sorpresa, non dico indignazione perché ormai ci siamo abituati, ma con molta mortificazione sì. Il tema era: "Vuole questo Consiglio non in una riga della legge ma almeno con un ordine del giorno, quindi con un impegno morale, sostenere che il valore assoluto del nostro territorio su cui tutto, la macchina organizzativa poi si costruisce, la legge di cui stiamo/state discutendo si fonda, il valore costituente è il valore plurale del nostro territorio? E con esso la veicolazione del messaggio promozionale nelle diverse lingue del territorio?" Si è detto no perché il tema non è di attualità, il benaltrismo non è il problema, il problema è un altro e sarà affrontato dopo. Il problema poi di fatto non esiste. Presidente, il problema esiste eccome, considerato che oggi la struttura e la rete delle associazioni turistiche è la dimostrazione plastica di come il bilinguismo sia considerato in molte parti – ci sono situazioni di eccellenza, intendiamoci – un optional, qualcosa di relativo, di secondaria importanza, non sostanzialmente fondante, la ragione stessa dell'impegno di promozione del nostro territorio. Vogliamo dichiarare che siamo affezionati al

valore plurale del nostro territorio? Allora quando io dicevo che per le deleghe che l'amministrazione pubblica dà alle organizzazioni turistiche, quindi un pezzo di compiti dell'amministrazione pubblica dati alle organizzazioni turistiche per e a causa del finanziamento, della partecipazione della Provincia autonoma di Bolzano alla creazione del bilancio di queste organizzazioni turistiche, quindi sono soldi nostri presidente, sono anche soldi miei, ebbene allora che si prendesse un impegno affinché venisse garantito l'utilizzo almeno sul mercato nazionale delle lingue italiana e tedesca nella promozione delle iniziative, quando si organizza un'iniziativa, nell'utilizzo della toponomastica, certo, usiamo questo tema che è quasi un tabù, nell'utilizzo e nella veicolazione della promozione delle insegne, delle segnaletiche, delle targhe, delle *brochure*, delle comunicazioni, delle promozioni e quant'altro. Vuole che Le presenti una rassegna stampa alta così di come le organizzazioni turistiche presenti in provincia di Bolzano ignorano tutto questo molte volte, esclusi i casi di eccellenza che ho detto esistere?

Di fronte a questo il PD, la Volkspartei e i secessionisti hanno deciso di votare NO. Non interessa, è un tema che non ci riguarda, che sarà affrontato dopo, è un tema marginale o secondario. Io presidente non riesco a rassegnarmi a questa visione, ecco perché di fronte alle provocazioni di chi vorrebbe un Alto Adige che parla solo una lingua, che rappresenta dolo un modello, io alzo con orgoglio l'altro modello di un Alto Adige plurale. Mi dispiace che la maggioranza non abbia voluto ascoltare.

ATZ TAMMERLE (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Südtirol wird hauptsächlich von Touristen aus dem deutschsprachigen Raum aufgesucht. Ich kann Ihnen hier konkrete Beispiele von Rückmeldungen von Gästen hier in Südtirol nennen, die eigentlich sagen, dass sich in den letzten Jahren Südtirol stark italienisiert hat, gerade in die Richtung der Stadt Bozen, der Stadt Meran auch, wo Gäste selber feststellen, dass, wenn sie in Geschäfte oder auch in gastronomische Betriebe gehen, sie zunehmend durch italienischsprachige Mitarbeiter geführt werden und dass man dort mit der deutschen Sprache nicht mehr weiterkommt. Sie fragen sich deshalb auch, wie es sein kann, wenn Südtirol in dem Sinne mehrsprachig ist, dass diese italienischen Mitarbeiter oder Verkäufer nicht der deutschen Sprache mächtig sind. Das sehen diese Gäste auch als negativ an. Ein weiteres Beispiel, dass auch in der Stadt Bozen gerade durch den starken Zuwachs an Ausländern, an Flüchtlingen auch das zunehmend als unangenehm empfunden wird. Nur konkrete Beispiele in Bezug auf die Entwicklung und wie das Land wahrgenommen wird, an Kollegen Urzi.

In Bezug auf den Gesetzentwurf kündigen wir unsere Enthaltung an, und zwar aus dem Grund, dass wir nicht ganz sicher sind, ob letztendlich die Tourismusvereine nicht doch von der IDM zu stark bevormundet werden. Nach wie vor ist es so, dass die IDM diese Programme genehmigen muss. Es wurde zwar ein wenig abgeschwächt, dennoch bleibt hier die Tatsache aufrecht, dass es durch die IDM genehmigt werden muss. In den letzten Jahren wurde eigentlich die Entwicklung in Bezug auf den Tourismus dahingehend gelegt, dass die Tourismusvereine vor Ort viel stärker auf die örtlichen Gegebenheiten eingehen konnten. Mit diesem Gesetzentwurf sehen wir eine entgegengesetzte Entwicklung und dass diese Freiheit, die in den letzten Jahren in den örtlichen Tourismusvereinen genossen werden konnte, nicht mehr für die Zukunft gegeben ist.

Ein weiterer Punkt ist, ob sich diese Neustrukturierung so reibungslos, so flüssig, wie es uns Landeshauptmann Kompatscher gestern eigentlich erläutert hat, in die Realität umsetzen lässt. Es ist eine große Umstrukturierung auch in Bezug auf die Mitarbeiter, wo zahlreiche Tourismusorganisationen aufgelöst werden und die Mitarbeiter umstrukturiert werden müssen, auch hier ist ein großer Wandel da. Ob das alles so reibungslos laufen wird, daran haben wir unsere Zweifel.

Inhaltlich in Bezug auf das Marketing möchte ich noch ein Thema ansprechen, und zwar Südtirol steht für einen qualitativ hochwertigen Tourismus. Um diesen in Zukunft zu halten, ist es absolut notwendig, dem Preisdumping entgegenzuwirken. Immer wieder hören wir bei Sitzungen und Versammlungen im Tourismussektor, dass davor gewarnt wird, aber auch abgeraten wird, die Preise allzu stark zu senken, besonders in der Nebensaison. Natürlich haben es Vier- und Fünf-Sterne-Häuser leichter mit ihren Preisen, etwas nach unten zu gehen als Zwei- oder Drei-Sterne-Betriebe. Diese haben diesen Spielraum nicht so stark, um eben mehr Gäste in ihre Häuser zu locken, zu bekommen. Wichtig ist natürlich die Auslastung. Natürlich muss jeder schauen, seine Auslastung zu haben. Dennoch wäre es hier vielleicht ratsam, wenn man so eine Art Mindestpreisgrenze einführen könnte, damit man nicht in den Preisbereich des anderen hineingerät und dadurch die Leistungen unter dem eigentlichen Wert verkauft werden. Südtirol steht für Qualität und um diese zu halten, ist es notwendig, eine bestimmte Preisklasse zu halten. Dies tut nicht nur den Rechnungen bis zum Schluss der einzelnen Betriebe gut, sondern allgemein der Wirtschaft, denn gerade durch diese

Preisschnäppchen zieht man manches mal auch Gäste an, die vielleicht nur diese Leistungen im Hotel oder in den Gastbetrieben beanspruchen, die in diesen Pauschalangeboten inbegriffen sind, aber sie geben nirgends einen Euro-Cent mehr aus weder im Hotel noch außerhalb des Hotels. Auch hier kommt es darauf an, sich ein wenig ein Ziel vor Augen zu halten in Bezug auf die Vermarktung. Welche Gäste wollen wir in Südtirol? In welche Richtung soll sich der Tourismus in Zukunft entwickeln?

TINKHAUSER (Die Freiheitlichen): Bei diesem Gesetz handelt es sich aus meiner Sicht in erster Linie vor allem um ein technisches Gesetz und um eine Strukturreform. Wir haben bei sämtlichen Diskussionsbeiträgen gestern und heute gehört, dass der Tourismus derzeit in Südtirol sehr gut läuft und dass dieses Gesetz jetzt gemacht wird aus einer Position der wirtschaftlichen Stärke heraus, aber dass man doch einige Mängel, vielleicht auch Wildwuchs und Zweigleisigkeiten erkennt, und deshalb für die Zukunft, wenn man das Land zukunftsmäßig, international thematisch neu aufstellen will, Reformen angebracht sind.

Wer sich mit diesem Gesetz länger befasst, der weiß, dass die zwei großen Verbände, der HGV, aber auch die direkt Betroffenen, der LTS mit dem Gesetz im Großen und Ganzen einverstanden sind. Das muss man auch, wie gesagt, hier einmal erwähnen. Was mir vielleicht fehlt und was man im Zusammenhang diskutieren hätte können, wäre ganz interessant gewesen. Wir sprechen hier, wenn ich das nochmals so sagen darf, vom Zusammenführen von Kirchtürmen, die innerhalb des Landes sind. Wenn man dann zum Dreier-Landtag fährt, dann wird auch immer die große Bewerbung Tirol-Südtirol besprochen, also wenn es hier nicht gelingt, 3 TMS aus 11 zu machen, was jetzt gelingen soll, dann muss ich mich fragen, wie es gelingen soll, international insgesamt als Tirol und Südtirol aufzutreten. Es wäre am Rande recht interessant, wenn man das diskutieren könnte für die Zukunft, aber insgesamt sollte man, glaube ich, dieser Strukturreform eine Chance geben. Natürlich gibt es immer die zwei Seiten einer Medaille.

Die Freiheitlichen werden sich hier wohlwollend der Stimme enthalten.

STEGER (SVP): Anders als Kollege Urzi werde ich touristisch und nicht politisch sprechen. Man sieht, dass Kollege Urzi wenig Verständnis und wenig Kenntnis vom Tourismus hat, denn sonst hätte er seine Stellungnahme nicht allein auf die Zweisprachigkeit von Dokumenten gestellt, sondern hätte geschaut, was man an den touristischen Strukturen, an den Organisationen verbessern kann, dass die öffentlichen Gelder einerseits wirksam und effizient eingesetzt werden und andererseits was man tun kann, damit die richtigen Produkte in unserem Land beworben werden können. Darum geht es.

Diese Reform war ein langer Weg. Das Ziel war und ist es, eine schlanke, eine neue Struktur der hiesigen Tourismusorganisationen zu erreichen. Auf der anderen Seite die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Organisationsebenen zu verbessern und zu vereinfachen. Das war das Ziel. Das wurde auch in einem großen Beteiligungsprozess mit allen touristisch interessierten versierten Trägern abgesprochen, das ist jetzt lange auf dem Weg. Ich denke, dass die strukturelle Vereinfachung richtig ist für die Umsetzung, allerdings braucht es von allen Seiten Vertrauen. Es braucht auch Sensibilität, Respekt und Verständnis. Nur dann kann Professionalität sichergestellt werden. Es ist klar, dass eine so weitreichende, wenn Sie wollen, so starke Reform ihre Zeit braucht. Es wird nicht nur an der IDM, sondern auch an der Landesregierung hängen, hier behutsam und mit den richtigen Steuerungen in diesen Dialog, den die Tourismusorganisationen haben, sich einzuklinken, um klarzustellen, dass die Zusammenarbeit auf Augenhöhe stattzufinden hat. Wenn es der IDM und den Tourismusvereinen gelingt, in den Umsetzungsprozess gleichberechtigt einzusteigen, dann können alle Kompetenzen gezielt genutzt und gestärkt werden. Die öffentlichen Geldmittel können dann noch besser und effizienter eingesetzt werden und somit wird der Mehrwert für alle Beteiligten bald spürbar sein. Ich appelliere deshalb an die IDM, die Kommunikation und Zusammenarbeit mit den örtlichen Tourismusvereinen auf Augenhöhe zu führen und als Dienstleister, als Berater und als Unterstützer und weniger als Vorgesetzter zu fungieren. Ich appelliere auch an die Landesverwaltung, dass sie dafür sorgt, dass diese Zusammenarbeit auf Augenhöhe passieren kann.

Den örtlichen Tourismusvereinen darf nicht vorgeschrieben werden, was wann wo und wie sie es zu tun haben. Sie und ihre Mitglieder sind es, die den direkten Kontakt mit den Gästen pflegen. Deshalb ist ihre Mitentscheidung ganz besonders wichtig, aber auch an sie richte ich einen Appell, nämlich Verständnis dafür zu zeigen, dass sich Kompetenz und Know-how auch in der IDM entwickeln müssen. Das geht nicht von heute auf morgen. Auch sie müssen Verständnis haben, dass sich das entwickelt. Wir haben viele gute Mitarbeiter in den Vereinen. Wir haben ausgezeichnete Mitarbeiter ebenso auch in der IDM und sie gemeinsam werden sich mit den Akteuren vor Ort Stück für Stück auch professionalisieren und verbessern. Wichtig ist,

dass Verständnis dafür gezeigt wird, dass das nicht von heute auf morgen sein wird. Es braucht alles seine Zeit. Ich bin überzeugt davon, dass durch die professionelle Zusammenarbeit aller Akteure unser Land künftig noch besser vermarktet werden kann und die Geldmittel noch gezielter eingesetzt werden können. Wenn alles in einem Geist der Kooperation der Zusammenarbeit des gegenseitigen Vertrauens gemacht wird, dann bin ich überzeugt, dass unser Tourismusland Südtirol auch in Zukunft seine Rolle nicht nur im Alpenraum, sondern international spielen wird und dass vielleicht auch in Zukunft die eine oder andere Tourismusregion nach Südtirol schielt und schaut, wie Südtirol den Tourismus organisiert und was die Mechanismen, die Methoden und die Arbeitsweisen im Südtiroler Tourismus sind. Das ist meine Hoffnung. Ich bin überzeugt davon, dass diese Reform, wenn wir uns in drei, vier Jahren damit beschäftigen werden, erfolgreich gewesen sein wird, wenn eben die Voraussetzungen dafür stimmen, nämlich, dass von allen Seiten die Bereitschaft zur Kooperation, die Bereitschaft zur Zusammenarbeit auf Augenhöhe garantiert ist.

KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP): Ich werde das Gesetz befürworten und möchte mich an dieser Stelle noch einmal für die Debattenbeiträge bedanken. Ich denke, die Debatte hat durchaus auch dazu beigetragen, auch mit den Änderungsanträgen, die angenommen worden sind, das noch einmal zu verbessern, klarer darzulegen.

In drei Sätzen möchte ich auch das Thema der inhaltlichen Positionierung ansprechen. Das war bewusst nicht Gegenstand des Gesetzes. Es geht um die Tourismusorganisationen. Es sind mehrere Fragen der inhaltlichen Positionierung aufgetaucht. Diese haben wir zu beantworten. Mir ging es jetzt nur um die Frage. Nachdem die Tourismusvereine mehr Geld für das Marketing haben, und es war dringend nötig, dass mehr Geld für das Marketing verfügbar ist, ... Ich darf Senator Berger hier begrüßen. Es ist ein Zufall, dass er hier ist. Er hat es damals ausgehalten, die Ortstaxe einzuführen und mittlerweile wird, glaube ich, von nahezu allen, wenn nicht von allen anerkannt, dass das funktioniert hat. Wenn das Geld da ist, und die Tourismusvereine haben dieses Geld mehr, umso wichtiger ist es, dass es jetzt besser abgestimmt wird. Darum geht es bei dieser Reform. Umso wichtiger ist es, dass die Tätigkeit jetzt besser koordiniert abgestimmt wird, damit das Geld auch richtig eingesetzt wird. Da geht es genau um die Balance zwischen nicht bevormunden, aber auf der anderen Seite auch abstimmen. Das ist das Ziel und natürlich inhaltlich, wir wollen einen authentischen Tourismus und wir wollen auch dazu stehen. Zu diesem Authentischen gehört auch, dass wir eine Region sind, wo das österreichische Tiroler Element, das ladinische und genauso das italienische ist, dass wir für eine mehrsprachige Region sind, das ist auch authentisch und genau das ist auch darzustellen, sonst wäre es Piefke Saga, wir kennen das, das genau wollen wir nicht.

Kollege Heiss, den Erlebnisraum Slow, diesen Gedanken gibt es schon, aber das ist nicht Gegenstand des Gesetzes, aber genau daran wird gearbeitet, auch dieses Thema Ulten, andere Gebiete, dieses Slow, das ist ein Arbeitsbegriff, wie es dann genau im Marketing ausschauen wird, ist ein anderes Thema.

Das wäre es von meiner Seite. Ich bedanke mich noch einmal für die Debatte und bin jetzt überzeugt, dass wir uns an die Arbeit machen können und natürlich auch das beherzigen müssen, was in der Debatte auch an Ratschlägen mit auf den Weg gegeben wird.

PRESIDENTE: Apro la votazione sul disegno di legge provinciale n. 136/17: approvato con 17 voti favorevoli, 2 voti contrari e 13 astensioni.

Punto 333) all'ordine del giorno: "**Mozione n. 745/17 del 21/2/2017, presentata dai consiglieri Noggler e Wurzer, riguardante: Creare posti di lavoro interessanti e attrattivi nelle zone rurali – nei comprensori dell'Alto Adige servono posti di lavoro altamente qualificati non troppo lontani da casa.**"

Punkt 333 der Tagesordnung: "**Beschlussantrag Nr. 745/17 vom 21.2.2017, eingebracht von den Abgeordneten Noggler und Wurzer, betreffend: Attraktive Arbeitsplätze für den ländlichen Raum – wohnortnahe Arbeitsstellen mit hohem Qualifikationsniveau in Südtirols Bezirken.**"

Negli anni cinquanta e sessanta dominava la convinzione che per far vivere le zone rurali bisognasse portare i posti di lavoro vicino alle persone. Se oggi possiamo dire che le zone rurali dell'Alto Adige prosperano, è dovuto al fatto che in passato sono state poste le basi in questa ottica e che la Provincia ha perseguito con tenacia questo tipo di politica.

Lo sviluppo della popolazione nelle zone rurali è ancor oggi influenzato da diversi fattori come lo spazio abitativo disponibile, le infrastrutture, la qualità di vita e l'offerta lavorativa. Una politica regionale che guarda al futuro ne tiene conto e controbilancia con misure adeguate eventuali evoluzioni negative.

Per quanto riguarda l'offerta lavorativa, i recenti sviluppi mostrano come il crescente livello di istruzione e il conseguente bisogno di posti di lavoro altamente qualificati rafforzino la tendenza ad abbandonare le periferie. Va anche detto che i giovani sarebbero disposti a vivere in campagna, a patto di trovare un'occupazione adeguata.

Di conseguenza bisogna prendere le misure necessarie e creare posti di lavoro nelle zone rurali. Le istituzioni a livello statale tendono invece piuttosto a ritirarsi dalla periferia. Gli esempi più evidenti sono le sedi dei tribunali, le strutture della sanità e gli organi di polizia.

Se si vuole proseguire nella politica avviata dalla Provincia, appare urgente contrastare la tendenza centralistica negli ambiti in cui l'amministrazione provinciale può intervenire e fare qualcosa. A livello interregionale l'Alto Adige ha già preso impegni politici in tal senso. Anche nel 2011, nella seduta congiunta delle assemblee legislative della Provincia autonoma di Bolzano, del Land Tirolo e della Provincia autonoma di Trento, è stata approvata la deliberazione n. 10 del 30 marzo 2011 in cui si chiedeva di "creare e sostenere nelle zone rurali – laddove possibile dal punto di vista economico e sociale – i presupposti per mantenere, rivalutare e insediare posti di lavoro decentrati e altamente qualificati nonché migliorare ulteriormente le infrastrutture, aumentandone il livello qualitativo al fine di ridurre il divario tra aree urbane e rurali".

Anche nell'accordo di coalizione per la XV legislatura si legge che "tutti i cittadini devono beneficiare di pari opportunità: per questo anche le periferie, rurali e urbane, devono poter contare su adeguate infrastrutture, opere pubbliche e strutture amministrative e di comunità, che sono alla base di una politica che punta sul decentramento". Più avanti si prosegue che "in questo contesto diventa essenziale decentralizzare le infrastrutture (anche pubbliche) e il sistema dei servizi, da un lato per valorizzare i territori periferici, dall'altro per alleggerire il carico delle aree urbane". Da decenni la Provincia sta investendo parecchio in infrastrutture nel quadro della sua politica strutturale. Ma il fatto di dotare la periferia di infrastrutture non basta di per sé per combattere la tendenza ad abbandonare le zone rurali, in quanto anche nei territori in cui si provvede a realizzare queste opere risulta difficile contrastare il fenomeno se manca un'adeguata offerta lavorativa.

Secondo vari studi, l'esodo rurale è già ora un problema da non sottovalutare per numerosi comuni dell'Alto Adige. Se non si interviene, crescerà sempre più e finirà per affliggere un terzo dei comuni. Naturalmente sono soprattutto a rischio i comuni con un'offerta limitata di posti di lavoro non troppo lontani da casa.

Le strutture decentrate dell'amministrazione provinciale hanno ancora un potenziale da sfruttare. Come noto, sinora gli uffici provinciali sono stati prevalentemente collocati nel capoluogo. Al decentramento si contrapponeva in parte il criterio della raggiungibilità, ma con la progressiva digitalizzazione dell'amministrazione questo fattore diventerà via via meno importante.

Nell'era della digitalizzazione il decentramento amministrativo è diventato uno strumento importante della politica strutturale nelle zone rurali. E adesso bisogna usare questo strumento in maniera adeguata. È quindi giunto il momento di incrementare le iniziative per decentrare l'amministrazione provinciale, per esempio spostando le sedi di alcuni uffici per dislocarle sul territorio. Si potrebbero però anche spostare in periferia singoli posti di lavoro, per esempio se i funzionari competenti non devono essere necessariamente sempre presenti in ufficio per il pubblico e in alcuni giorni della settimana possono anche svolgere le pratiche in una sede periferica.

Con il trasferimento in periferia di uffici provinciali oppure di posti di lavoro altamente qualificati, la mano pubblica provvederebbe a creare direttamente nuove opportunità occupazionali lì dove le prossime generazioni devono anche poter vivere. Le sedi degli uffici che già oggi si occupano di determinati comprensori potrebbero venire spostate in questi comprensori anziché essere accentrate nella città di Bolzano. Stiamo per esempio pensando alla tutela dei beni culturali, all'urbanistica, alla tutela del paesaggio, alla gestione e la tutela delle risorse idriche.

Così facendo l'amministrazione provinciale potrebbe contribuire direttamente alla creazione, in periferia, di posti di lavoro qualificati.

Sempre più regioni europee riconoscono l'utilità di un trasferimento degli uffici come strumento di politica strutturale. Lo Stato libero di Baviera è da considerarsi un precursore in quanto il ministero per lo sviluppo territoriale sta già provvedendo a una regionalizzazione dell'amministrazione nell'ambito di una strategia di delocalizzazione degli enti denominata "Heimatstrategie". Più di 50 enti e istituzioni dello Stato bavarese, con 3.155 persone, vengono dislocati dagli agglomerati urbani nelle zone rurali.

Con riferimento alla succitata deliberazione n. 10/2011 delle tre assemblee legislative riunite in seduta congiunta, riguardante la creazione di posti di lavoro interessanti nelle zone rurali, nonché alla deliberazione n. 2/2016 delle tre assemblee riunite in seduta congiunta, riguardante l'attuazione delle mozioni, con un programma per il trasferimento degli uffici nelle zone rurali si provvederebbe all'attuazione della politica occupazionale comune nell'ambito dell'euroregione Tirolo-Alto Adige-Trentino.

Per questi motivi,

*Il Consiglio della Provincia
autonoma di Bolzano
sollecita la Giunta provinciale*

- a rafforzare la sua politica a sostegno delle zone rurali ed entro un anno ad avviare ulteriori iniziative allo scopo di decentrare l'amministrazione provinciale, relazionando in merito il Consiglio provinciale;

- a tenere conto di criteri come la debolezza strutturale e lo sviluppo demografico nella scelta del luogo in cui trasferire gli uffici;

- a creare i presupposti per il trasferimento di un numero maggiore di posti di lavoro altamente qualificati in prossimità dei luoghi di residenza;

- a dislocare futuri uffici e istituzioni nelle zone rurali, a meno che non risulti assolutamente utile e necessario insediarli nel capoluogo;

- a coinvolgere la commissione legislativa competente del Consiglio provinciale nell'elaborazione delle varie iniziative.

In den fünfziger und sechziger Jahren hatte sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass die Arbeitsplätze zu den Menschen gebracht werden müssen, damit der ländliche Raum leben kann. Wenn heute der ländliche Raum Südtirols vergleichsweise gut floriert, dann weil früher der Grundstein dafür gelegt worden ist und die Landespolitik konsequent an dieser Politik für den ländlichen Raum festgehalten hat.

Die Bevölkerungsentwicklung im ländlichen Raum wird auch heute von verschiedenen Faktoren beeinflusst: Vom Wohnraumangebot über die Infrastruktureinrichtungen und die allgemeine Lebensqualität bis hin zum Arbeitsplatzangebot. Eine zukunftsorientierte Regionalpolitik orientiert sich an diesen Faktoren und reagiert mit geeigneten Maßnahmen auf nachteilige Entwicklungen.

Was das Arbeitsplatzangebot betrifft, zeigen die jüngsten Entwicklungen, dass das steigende Bildungsniveau und der damit einhergehende Bedarf an hoch qualifizierten Arbeitsplätzen die Tendenz zur Abwanderung aus peripheren Gebieten verstärken kann. Dabei gäbe es durchaus den Wunsch der Jugend, im ländlichen Raum zu leben, falls es dort auch ein entsprechendes Arbeitsangebot gibt.

Auf diese Erkenntnis müssen die notwendigen Maßnahmen getroffen und Arbeitsplätze im ländlichen Raum geschaffen werden. Die staatliche Ebene arbeitet tendenziell aber eher daran, sich aus der Peripherie zurückzuziehen. Bekannteste Beispiele sind Gerichtsstandorte, Gesundheitswesen und Polizeibehörden.

Im Rahmen einer konsequenten Fortsetzung der von der Landespolitik verfolgten Politik erscheint es dringend angeraten, der Zentralisierungstendenz im Rahmen des Einflussbereiches der Südtiroler Landesverwaltung etwas entgegenzusetzen. Südtirol hat sich diesbezüglich auf überregionaler Ebene bereits politisch verpflichtet. Auch im Jahr 2011 hat der Südtiroler Landtag im Rahmen der gemeinsamen Sitzung des Südtiroler, Tiroler und Trentiner Landtages mit Beschluss Nr. 10 vom 30. März 2011 die Forderung erhoben, „im ländlichen Raum, wo möglich, wirtschaftlich und sozial vertretbar, die Voraussetzung für eine Beibehaltung, Aufwertung und

Neuansiedlung dezentraler, hoch qualifizierter Arbeitsplätze zu schaffen und zu fördern sowie die Infrastruktur im ländlichen Raum weiter zu verbessern und ihr Niveau anzuheben, um die Unterschiede zwischen Stadt und Land zu verringern“.

Auch das Koalitionsabkommen der XV. Legislaturperiode sieht vor, dass „Alle Bürgerinnen und Bürger über Chancengleichheit verfügen müssen: Aus diesem Grund muss auch die Peripherie, die städtische wie die ländliche, über die notwendige Infrastruktur, über Gemeinschaftseinrichtungen und Verwaltungsstrukturen verfügen, die Grundlage einer dezentralen Politik sind“. Aus dieser programmatischen Erklärung heraus erfolgt im Koalitionsabkommen die Feststellung, dass es „In diesem Zusammenhang notwendig sein wird, die Peripherie mit der notwendigen Infrastruktur ebenso zu versorgen, wie mit einem Netz an Diensten, was nicht nur eine Aufwertung der peripheren Gebiete mit sich bringt, sondern auch für eine Entlastung der Ballungsräume sorgt“.

Im Bereich der Infrastruktur investiert das Land Südtirol bereits seit Jahrzehnten in hohem Maße in die Strukturpolitik. Die Erschließung der Peripherie mit Infrastruktur allein reicht aber nicht aus, um der Abwanderungstendenz entgegenzuwirken: Auch vergleichsweise gut erschlossene Gebiete können der Abwanderung nämlich wenig entgegensetzen, wenn ein angemessenes Arbeitsplatzangebot fehlt.

Laut verschiedenen Studien ist die Abwanderung für eine Vielzahl von Gemeinden in Südtirol bereits heute ein ernstzunehmendes Problem, und dieses werde sich bis auf ein Drittel der Gemeinden ausweiten; falls keine Gegenmaßnahmen getroffen werden. Betroffen sind natürlich vor allem jene Gebiete, die nur mit einem begrenzten Angebot an wohnortnahen Arbeitsplätzen aufwarten können.

Dabei hat die Südtiroler Landesverwaltung im Bereich der dezentralen Verwaltungsstrukturen noch unausgeschöpften Gestaltungsspielraum. Die Landesämter sind bislang und bekanntlich mit Vorrang in der Landeshauptstadt angesiedelt worden. Bisher standen der Dezentralisierung zum Teil auch Überlegungen der Erreichbarkeit entgegen. Mit der fortschreitenden Digitalisierung der Verwaltung wird dieser Faktor jedoch in absehbarer Zeit an Bedeutung verlieren.

Im Zeitalter der Digitalisierung ist die Dezentralisierung der Verwaltungsstruktur mittlerweile ein bedeutendes Instrument der Strukturpolitik im ländlichen Raum. Es gilt nun dieses Instrument in geeigneter Form zu nutzen. Deshalb ist die Zeit reif, um verstärkt Initiativen für die Dezentralisierung der Südtiroler Landesverwaltung zu ergreifen, indem zum Beispiel Standorte von Landesämtern verlagert werden. Zudem ergibt sich auch die Möglichkeit, dezentral einzelne Arbeitsplätze der genannten Landesräte in der Peripherie anzusiedeln, beispielsweise, falls Sachbearbeiter selten am Sitz des Amtes Parteienverkehr abhalten müssen, sodass sie an einigen Tagen die Woche auch dezentral in einem öffentlichen Amt die Sachbearbeitung der Akte abwickeln können.

Durch die Verlagerung von bestehenden Landesämtern oder Arbeitsstellen mit hohem Qualifikationsniveau in den ländlichen Raum soll die direkte Beschäftigungsfunktion der öffentlichen Hand dort wahrgenommen werden, wo die nächsten Generationen leben können sollen. So könnten die Sitze jener Ämter, die sich heute schon mit bestimmten Bezirken beschäftigen, in eben diese verlagert werden, anstatt zentral in Bozen angesiedelt zu sein: Diese Ämterverlagerung betreffe somit das Denkmalamt, die Raumordnung, den Landschaftsschutz, die Gewässernutzung, den Gewässerschutz etc.

Tatsächlich kann durch eine solche Verlagerung der Ämter die Landesverwaltung auf direktem Wege dazu beitragen, qualifizierte Arbeitsplätze in der Peripherie zu schaffen.

Andere Regionen Europas erkennen zusehends den Wert der Ämterverlagerung als Instrument der Strukturpolitik. Dabei gilt der Freistaat Bayern als Vorreiter, nachdem das dortige Staatsministerium für Landesentwicklung sich bereits in der Umsetzungsphase in der Regionalisierung der Verwaltung im Rahmen der „Heimatstrategie“ befindet. Über 50 Behörden und staatliche Einrichtungen mit 3.155 Personen werden aus Ballungszentren in ländliche Regionen Bayerns verlagert.

Unter Berufung auf den Beschluss Nr. 10/2011 des Dreierlandtages betreffend "Attraktive Arbeitsplätze im ländlichen Raum schaffen" sowie den Beschluss Nr. 2/2016 des Dreierlandtages betreffend die "Umsetzung der Beschlussanträge" soll mit dem Programm der Ämterverlage-

nung in den ländlichen Raum die konkrete Umsetzung der gemeinsamen Beschäftigungspolitik der Europaregion Tirol-Trentino-Südtirol verfolgt werden.

Aus dieser Begründung heraus

*fordert
der Südtiroler Landtag
die Landesregierung auf,*

- der bisherigen Politik zur Stärkung des ländlichen Raumes weiteren Nachdruck zu verleihen und innerhalb eines Jahres zusätzliche Initiativen zur Dezentralisierung der Südtiroler Landesverwaltung zu ergreifen und dem Südtiroler Landtag darüber Bericht zu erstatten;*
- als Ansiedlungskriterium bei der Verlagerung von Ämtern die Indikatoren der Strukturschwäche und der demographischen Entwicklung heranzuziehen;*
- die Voraussetzungen für eine stärkere Verlagerung von einzelnen Arbeitsstellen mit hohem Qualifikationsniveau in Wohnortnähe zu schaffen;*
- bei Errichtung künftiger Ämter und Einrichtungen diese im ländlichen Raum anzusiedeln, falls nicht erwiesenermaßen nur eine Ansiedlung in der Landeshauptstadt zweckmäßig ist;*
- bei der Ausarbeitung der Initiativen den zuständigen Gesetzgebungsausschuss des Südtiroler Landtages in die Arbeiten mit einzubeziehen.*

Emendamento sostitutivo, presentato dai consiglieri Noggler e Wurzer: La mozione è così sostituita:

"Negli anni cinquanta e sessanta dominava la convinzione che per far vivere le zone rurali bisognasse portare i posti di lavoro vicino alle persone. Se oggi possiamo dire che le zone rurali dell'Alto Adige prosperano, è dovuto al fatto che in passato sono state poste le basi in questa ottica e che la Provincia ha perseguito con tenacia questo tipo di politica.

Lo sviluppo della popolazione nelle zone rurali è ancor oggi influenzato da diversi fattori come lo spazio abitativo disponibile, le infrastrutture, la qualità di vita e l'offerta lavorativa. Una politica regionale che guarda al futuro ne tiene conto e controbilancia con misure adeguate eventuali evoluzioni negative.

Per quanto riguarda l'offerta lavorativa, i recenti sviluppi mostrano come il crescente livello di istruzione e il conseguente bisogno di posti di lavoro altamente qualificati rafforzino la tendenza ad abbandonare le periferie. Va anche detto che i giovani sarebbero disposti a vivere in campagna, a patto di trovare un'occupazione adeguata.

Di conseguenza bisogna prendere le misure necessarie e creare posti di lavoro nelle zone rurali. Le istituzioni a livello statale tendono invece piuttosto a ritirarsi dalla periferia. Gli esempi più evidenti sono le sedi dei tribunali, le strutture della sanità e gli organi di polizia.

Se si vuole proseguire nella politica avviata dalla Provincia, appare urgente contrastare la tendenza centralistica negli ambiti in cui l'amministrazione provinciale può intervenire e fare qualcosa. A livello interregionale l'Alto Adige ha già preso impegni politici in tal senso. Anche nel 2011, nella seduta congiunta delle assemblee legislative della Provincia autonoma di Bolzano, del Land Tirolo e della Provincia autonoma di Trento, è stata approvata la deliberazione n. 10 del 30 marzo 2011 in cui si chiedeva di "creare e sostenere nelle zone rurali – laddove possibile dal punto di vista economico e sociale – i presupposti per mantenere, rivalutare e insediare posti di lavoro decentrati e altamente qualificati nonché migliorare ulteriormente le infrastrutture, aumentandone il livello qualitativo al fine di ridurre il divario tra aree urbane e rurali".

Anche nell'accordo di coalizione per la XV legislatura si legge che "tutti i cittadini devono beneficiare di pari opportunità : per questo anche le periferie, rurali e urbane, devono poter contare su adeguate infrastrutture, opere pubbliche e strutture amministrative e di comunità, che sono alla base di una politica che punta sul decentramento". Più avanti si prosegue che "in questo contesto diventa essenziale decentralizzare le infrastrutture (anche pubbliche) e il sistema dei servizi, da un lato per valorizzare i territori periferici, dall'altro per alleggerire il carico delle aree urbane".

Da decenni la Provincia sta investendo parecchio in infrastrutture nel quadro della sua politica strutturale. Ma il fatto di dotare la periferia di infrastrutture non basta di per sé per combattere la tendenza ad abbandonare le zone rurali, in quanto anche nei territori in cui si provvede a realizzare queste opere risulta difficile contrastare il fenomeno se manca un'adeguata offerta lavorativa.

Secondo vari studi, l'esodo rurale è già ora un problema da non sottovalutare per numerosi comuni dell'Alto Adige. Se non si interviene, crescerà sempre più e finirà per affliggere un terzo dei comuni. Natu-

ralmente sono soprattutto a rischio i comuni con un'offerta limitata di posti di lavoro non troppo lontani da casa.

Le strutture decentrate dell'amministrazione provinciale hanno ancora un potenziale da sfruttare. Come noto, sinora gli uffici provinciali sono stati prevalentemente collocati nel capoluogo. Al decentramento si contrapponeva in parte il criterio della raggiungibilità, ma con la progressiva digitalizzazione dell'amministrazione questo fattore diventerà via via meno importante.

Nell'era della digitalizzazione il decentramento amministrativo è diventato uno strumento importante della politica strutturale nelle zone rurali. E adesso bisogna usare questo strumento in maniera adeguata. E' quindi giunto il momento di incrementare le iniziative per decentrare l'amministrazione provinciale, per esempio spostando le sedi di alcuni uffici per dislocarle sul territorio. Si potrebbero però anche spostare in periferia singoli posti di lavoro, per esempio se i funzionari competenti non devono essere necessariamente sempre presenti in ufficio per il pubblico e in alcuni giorni della settimana possono anche svolgere le pratiche in una sede periferica.

Con il trasferimento in periferia di uffici provinciali oppure di posti di lavoro altamente qualificati, la mano pubblica provvederebbe a creare direttamente nuove opportunità occupazionali lì dove le prossime generazioni devono anche poter vivere. Le sedi degli uffici che già oggi si occupano di determinati comprensori potrebbero venire spostate in questi comprensori anziché essere accentrate nella città di Bolzano. Stiamo per esempio pensando alla tutela dei beni culturali, all'urbanistica, alla tutela del paesaggio, alla gestione e la tutela delle risorse idriche.

Così facendo l'amministrazione provinciale potrebbe contribuire direttamente alla creazione, in periferia, di posti di lavoro qualificati.

Sempre più regioni europee riconoscono l'utilità di un trasferimento degli uffici come strumento di politica strutturale. Lo Stato libero di Baviera è da considerarsi un precursore in quanto il ministero per lo sviluppo territoriale sta già provvedendo a una regionalizzazione dell'amministrazione nell'ambito di una strategia di delocalizzazione degli enti denominata "Heimatstrategie". Più di 50 enti e istituzioni dello Stato bavarese, con 3.155 persone, vengono dislocati dagli agglomerati urbani nelle zone rurali.

Con riferimento alla succitata deliberazione n. 10/2011 delle tre assemblee legislative riunite in seduta congiunta, riguardante la creazione di posti di lavoro interessanti nelle zone rurali, nonché alla deliberazione n. 2/2016 delle tre assemblee riunite in seduta congiunta, riguardante l'attuazione delle mozioni, con un programma per il trasferimento degli uffici nelle zone rurali si provvederebbe all'attuazione della politica occupazionale comune nell'ambito dell'euroregione Tirolo-Alto Adige-Trentino.

Per questi motivi,

il Consiglio della Provincia
autonoma di Bolzano
sollecita la Giunta provinciale

- a rafforzare la sua politica a sostegno delle zone rurali ed entro un anno ad avviare ulteriori iniziative allo scopo di decentrare l'amministrazione provinciale, relazionando in merito il Consiglio provinciale;
- tenere anche conto di criteri come la debolezza strutturale e lo sviluppo demografico nella scelta del luogo in cui trasferire gli uffici;
- a creare i presupposti per il trasferimento di un numero maggiore di posti di lavoro altamente qualificati in prossimità dei luoghi di residenza;
- a dislocare futuri uffici e istituzioni nelle zone rurali, a meno che non risulti assolutamente utile e necessario insediarli nel capoluogo."

Der Beschlussantrag erhält folgende Fassung:

"In den fünfziger und sechziger Jahren hatte sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass die Arbeitsplätze zu den Menschen gebracht werden müssen, damit der ländliche Raum leben kann. Wenn heute der ländliche Raum Südtirols vergleichsweise gut floriert, dann weil früher der Grundstein dafür gelegt worden ist und die Landespolitik konsequent an dieser Politik für den ländlichen Raum festgehalten hat.

Die Bevölkerungsentwicklung im ländlichen Raum wird auch heute von verschiedenen Faktoren beeinflusst: Vom Wohnraumangebot über die Infrastruktureinrichtungen und die allgemeine Lebensqualität bis hin zum Arbeitsplatzangebot. Eine zukunftsorientierte Regionalpolitik orientiert sich an diesen Faktoren und reagiert mit geeigneten Maßnahmen auf nachteilige Entwicklungen.

Was das Arbeitsplatzangebot betrifft, zeigen die jüngsten Entwicklungen, dass das steigende Bildungsniveau und der damit einhergehende Bedarf an hoch qualifizierten Arbeitsplätzen die Tendenz zur

Abwanderung aus peripheren Gebieten verstärken kann. Dabei gäbe es durchaus den Wunsch der Jugend, im ländlichen Raum zu leben, falls es dort auch ein entsprechendes Arbeitsangebot gibt.

Auf diese Erkenntnis müssen die notwendigen Maßnahmen getroffen und Arbeitsplätze im ländlichen Raum geschaffen werden. Die staatliche Ebene arbeitet tendenziell aber eher daran, sich aus der Peripherie zurückzuziehen. Bekannteste Beispiele sind Gerichtsstandorte, Gesundheitswesen und Polizeibehörden.

Im Rahmen einer konsequenten Fortsetzung der von der Landespolitik verfolgten Politik erscheint es dringend angeraten, der Zentralisierungstendenz im Rahmen des Einflussbereiches der Südtiroler Landesverwaltung etwas entgegenzusetzen. Südtirol hat sich diesbezüglich auf überregionaler Ebene bereits politisch verpflichtet. Auch im Jahr 2011 hat der Südtiroler Landtag im Rahmen der gemeinsamen Sitzung des Südtiroler, Tiroler und Trentiner Landtages mit Beschluss Nr. 10 vom 30. März 2011 die Forderung erhoben, "im ländlichen Raum, wo möglich, wirtschaftlich und sozial vertretbar, die Voraussetzung für eine Beibehaltung, Aufwertung und Neuansiedlung dezentraler, hoch qualifizierter Arbeitsplätze zu schaffen und zu fördern sowie die Infrastruktur im ländlichen Raum weiter zu verbessern und ihr Niveau anzuheben, um die Unterschiede zwischen Stadt und Land zu verringern".

Auch das Koalitionsabkommen der XV. Legislaturperiode sieht vor, dass "Alle Bürgerinnen und Bürger über Chancengleichheit verfügen müssen: Aus diesem Grund muss auch die Peripherie, die städtische wie die ländliche, über die notwendige Infrastruktur, über Gemeinschaftseinrichtungen und Verwaltungsstrukturen verfügen, die Grundlage einer dezentralen Politik sind". Aus dieser programmatischen Erklärung heraus erfolgt im Koalitionsabkommen die Feststellung, dass es "In diesem Zusammenhang notwendig sein wird, die Peripherie mit der notwendigen Infrastruktur ebenso zu versorgen, wie mit einem Netz an Diensten, was nicht nur eine Aufwertung der peripheren Gebiete mit sich bringt, sondern auch für eine Entlastung der Ballungsräume sorgt".

Im Bereich der Infrastruktur investiert das Land Südtirol bereits seit Jahrzehnten in hohem Maße in die Strukturpolitik. Die Erschließung der Peripherie mit Infrastruktur allein reicht aber nicht aus, um der Abwanderungstendenz entgegenzuwirken: Auch vergleichsweise gut erschlossene Gebiete können der Abwanderung nämlich wenig entgegensetzen, wenn ein angemessenes Arbeitsplatzangebot fehlt.

Laut verschiedenen Studien ist die Abwanderung für eine Vielzahl von Gemeinden in Südtirol bereits heute ein ernstzunehmendes Problem, und dieses werde sich bis auf ein Drittel der Gemeinden ausweiten; falls keine Gegenmaßnahmen getroffen werden. Betroffen sind natürlich vor allem jene Gebiete, die nur mit einem begrenzten Angebot an wohnortnahen Arbeitsplätzen aufwarten können.

Dabei hat die Südtiroler Landesverwaltung im Bereich der dezentralen Verwaltungsstrukturen noch unausgeschöpften Gestaltungsspielraum. Die Landesämter sind bislang und bekanntlich mit Vorrang in der Landeshauptstadt angesiedelt worden. Bisher standen der Dezentralisierung zum Teil auch Überlegungen der Erreichbarkeit entgegen. Mit der fortschreitenden Digitalisierung der Verwaltung wird dieser Faktor jedoch in absehbarer Zeit an Bedeutung verlieren.

Im Zeitalter der Digitalisierung ist die Dezentralisierung der Verwaltungsstruktur mittlerweile ein bedeutendes Instrument der Strukturpolitik im ländlichen Raum. Es gilt nun dieses Instrument in geeigneter Form zu nutzen. Deshalb ist die Zeit reif, um verstärkt Initiativen für die Dezentralisierung der Südtiroler Landesverwaltung zu ergreifen, indem zum Beispiel Standorte von Landesämtern verlagert werden. Zudem ergibt sich auch die Möglichkeit, dezentral einzelne Arbeitsplätze der genannten Landesämter in der Peripherie anzusiedeln, beispielsweise, falls Sachbearbeiter selten am Sitz des Amtes Parteienverkehr abhalten müssen, sodass sie an einigen Tagen die Woche auch dezentral in einem öffentlichen Amt die Sachbearbeitung der Akte abwickeln können.

Durch die Verlagerung von bestehenden Landesämtern oder Arbeitsstellen mit hohem Qualifikationsniveau in den ländlichen Raum soll die direkte Beschäftigungsfunktion der öffentlichen Hand dort wahrgenommen werden, wo die nächsten Generationen leben können sollen. So könnten die Sitze jener Ämter, die sich heute schon mit bestimmten Bezirken beschäftigen, in eben diese verlagert werden, anstatt zentral in Bozen angesiedelt zu sein: Diese Ämterverlagerung beträfe somit das Denkmalamt, die Raumordnung, den Landschaftsschutz, die Gewässernutzung, den Gewässerschutz etc.

Tatsächlich kann durch eine solche Verlagerung der Ämter die Landesverwaltung auf direktem Wege dazu beitragen, qualifizierte Arbeitsplätze in der Peripherie zu schaffen.

Andere Regionen Europas erkennen zusehends den Wert der Ämterverlagerung als Instrument der Strukturpolitik. Dabei gilt der Freistaat Bayern als Vorreiter, nachdem das dortige Staatsministerium für Landesentwicklung sich bereits in der Umsetzungsphase in der Regionalisierung der Verwaltung im Rahmen der

"Heimatstrategie" befindet. Über 50 Behörden und staatliche Einrichtungen mit 3.155 Personen werden aus Ballungszentren in ländliche Regionen Bayerns verlagert.

Unter Berufung auf den Beschluss Nr. 10/2011 des Dreierlandtages betreffend "Attraktive Arbeitsplätze im ländlichen Raum schaffen" sowie den Beschluss Nr. 2/2016 des Dreierlandtages betreffend die "Umsetzung der Beschlüsse" soll mit dem Programm der Ämterverlagerung in den ländlichen Raum die konkrete Umsetzung der gemeinsamen Beschäftigungspolitik der Europaregion Tirol-Trentino-Südtirol verfolgt werden.

Aus dieser Begründung heraus

fordert
der Südtiroler Landtag
die Landesregierung auf,

- der bisherigen Politik zur Stärkung des ländlichen Raumes weiteren Nachdruck zu verleihen und innerhalb eines Jahres zusätzliche Initiativen zur Dezentralisierung der Südtiroler Landesverwaltung zu ergreifen und dem Südtiroler Landtag darüber Bericht zu erstatten;
- als Ansiedlungskriterium bei der Verlagerung von Ämtern auch die Indikatoren der Strukturschwäche und der demographischen Entwicklung heranzuziehen;
- die Voraussetzungen für eine stärkere Verlagerung von einzelnen Arbeitsstellen mit hohem Qualifikationsniveau in Wohnortnähe zu schaffen;
- bei Errichtung künftiger Ämter und Einrichtungen diese im ländlichen Raum anzusiedeln, falls nicht erwiesenermaßen nur eine Ansiedlung in der Landeshauptstadt zweckmäßig ist."

La parola al consigliere Wurzer, prego.

WURZER (SVP): Ich habe mich mit meinem Kollegen Noggler abgesprochen, dass ich in seiner Vertretung und in seiner Absprache diesen Beschlussantrag vorstellen werde. Ich werde nicht alles vorlesen. Das werde ich Ihnen ersparen, aber ich werde die wesentlichen Punkte herausgreifen.

Bereits sehr früh hat Südtirol begonnen, Arbeitsplätze zu den Menschen zu bringen. Wir können uns an die damaligen Beschlüsse erinnern dahingehend, Handwerksbetriebe in den Tälern anzusiedeln, aber auch Wege, Trinkwasserleitungen zu bauen, Arbeitsplätze draußen zu führen, um den Leuten in den Tälern die Möglichkeit zu geben, dort ihre Arbeit zu verrichten und gleichzeitig, wie es damals noch war, auch ihrer doch hauptsächlich landwirtschaftlichen Tätigkeit nachzukommen. Dieser Grundstein wurde also von der Südtiroler Landespolitik sehr früh gelegt und wird auch ständig fortgesetzt. Die Bevölkerungsentwicklung beeinflusst allerdings auch diesen Bereich, das Wohnraumangebot über die Infrastruktureinrichtungen und die allgemeine Lebensqualität bis hin zum Arbeitsplatzangebot.

Was das Arbeitsplatzangebot betrifft, haben wir doch ein steigendes Bildungsniveau, was sehr gut ist. Damit bedarf es hoch qualifizierter Arbeitsplätze und die Tendenz zur Abwanderung aus diesen Gebieten wird allgemein verstärkt. Ich glaube, dass es aus diesem Grund sehr wichtig ist, dass man in den peripheren Gebieten Arbeitsplätze schafft. Die staatliche Ebene arbeitet tendenziell eher daran, sich aus der Peripherie zurückzuziehen. Bekannteste Beispiele sind die Gerichtsstandorte, das Gesundheitswesen, die Polizeibehörden.

Dieser Zentralisierungstendenz muss man zumindest im Einflussbereich der Südtiroler Landesverwaltung etwas entgegensetzen. Bereits 2011 hat es beim Dreier-Landtag einen Beschluss gegeben, mit der Forderung, im ländlichen Raum, wo möglich, wirtschaftlich und sozial vertretbar, die Voraussetzung für eine Beibehaltung, Aufwertung und Neuansiedlung dezentraler hoch qualifizierter Arbeitsplätze zu schaffen. Auch im Koalitionsabkommen der 15. Legislaturperiode steht ganz klar geschrieben, dass die städtische wie die ländliche Peripherie über die notwendige Infrastruktur über Gemeinschaftseinrichtungen und Verwaltungsstrukturen verfügen muss, die Grundlage einer dezentralen Politik sind. Dazu gilt es, die Peripherie mit der notwendigen Infrastruktur ebenso zu versorgen, wie mit einem Netz an Diensten, das nicht nur eine Aufwertung der peripheren Gebiete mit sich bringt, sondern auch für eine Entlastung der Ballungsräume. Die Situation der Mobilität zeigt uns, dass die ein ganz, ganz wichtiger Punkt ist.

Im Bereich der Infrastruktur investiert das Land seit Jahrzehnten in hohem Maße, aber es reicht nicht aus, um der Abwanderungstendenz entgegenzuwirken. Laut verschiedenen Studien ist die Abwanderung für eine Vielzahl von Gemeinden in Südtirol bereits ein sehr ernst zu nehmendes Gebiet. Betroffen sind vor allem jene Gebiete, die nur mit einem begrenzten Angebot an wohnortnahen Arbeitsplätzen aufwarten können.

Dabei hat die Südtiroler Landesverwaltung im Bereich der dezentralen Verwaltungsstrukturen noch unausgeschöpften Gestaltungsspielraum. Die Landesämter sind bislang und bekanntlich mit Vorrang in der Landeshauptstadt angesiedelt worden. Bisher standen der Dezentralisierung zum Teil auch Überlegungen der Erreichbarkeit entgegen. Mit der fortschreitenden Digitalisierung der Verwaltung wird dieser Faktor jedoch in absehbarer Zeit an Bedeutung verlieren.

Im Zeitalter der Digitalisierung ist die Dezentralisierung der Verwaltungsstruktur mittlerweile ein bedeutendes Instrument der Strukturpolitik. Ich glaube, es ist Zeit, verstärkt Initiativen für die Dezentralisierung der Landesverwaltung zu ergreifen, indem zum Beispiel Standorte von Landesämtern verlagert werden. Natürlich ist das ein Prozess, der nicht ohne Zustimmung der betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor sich gehen kann. Deshalb wird es nicht von heute auf morgen gehen. Zudem ergibt sich auch die Möglichkeit, dezentral einzelne Arbeitsplätze der genannten Landesämter in der Peripherie anzusiedeln, beispielsweise, falls Sachbearbeiter selten am Sitz des Amtes Parteienverkehr abhalten müssen, sodass sie an einigen Tagen der Woche auch dezentral in einem öffentlichen Amt die Sachbearbeitung der Akte abwickeln können. Auch dazu trägt die Breitbandversorgung sehr groß bei.

Es soll die direkte Beschäftigungsfunktion der öffentlichen Hand dort wahrgenommen werden, wo die nächsten Generationen leben können. So könnten die Sitze jener Ämter, die sich heute schon mit bestimmten Bezirken beschäftigen, in eben diese verlagert werden. Durch eine solche Verlagerung der Ämter kann die Landesverwaltung auf direktem Wege dazu beitragen, qualifizierte Arbeitsplätze in der Peripherie zu schaffen.

Andere Regionen Europas wie zum Beispiel der Freistaat Bayern hat bereits im Rahmen der sogenannten "Heimatstrategie" die Umsetzungsphase begonnen. Über 50 Behörden und staatliche Einrichtungen mit 3.155 Personen werden aus Ballungszentren in ländliche Regionen Bayerns verlagert.

Auch in Tirol gibt es eine Diskussion und es gibt eine Studie über den sogenannten Zentralisierungsgrad der österreichischen Bundesverwaltung. Die Studie nennt sich "der Bund und seine Dienststellen". Wenn jemand möchte, dann kann ich den Link liefern, der zu dieser Studie geführt hat. Auch da werden solche Diskussionen über die Wanderbewegungen geführt und wie die Wissensgesellschaft zukünftig organisiert wird.

Unter Berufung auf den Beschluss Nr. 10/2011 des Dreierlandtages betreffend "Attraktive Arbeitsplätze im ländlichen Raum schaffen" soll mit dem Programm der Ämterverlagerung in den ländlichen Raum die konkrete Umsetzung der gemeinsamen Beschäftigungspolitik der Europaregion Tirol-Trentino-Südtirol verfolgt werden.

Aus dieser Begründung heraus

fordert der Südtiroler Landtag die Landesregierung auf,

- der bisherigen Politik zur Stärkung des ländlichen Raumes weiteren Nachdruck zu verleihen und innerhalb eines Jahres zusätzliche Initiativen zur Dezentralisierung der Südtiroler Landesverwaltung zu ergreifen und dem Südtiroler Landtag darüber Bericht zu erstatten;
- als Ansiedlungskriterium bei der Verlagerung von Ämtern die Indikatoren der Strukturschwäche und der demographischen Entwicklung heranzuziehen;
- die Voraussetzungen für eine stärkere Verlagerung von einzelnen Arbeitsstellen mit hohem Qualifikationsniveau in Wohnortnähe zu schaffen;
- bei Errichtung künftiger Ämter und Einrichtungen diese im ländlichen Raum anzusiedeln, falls nicht erwiesenermaßen nur eine Ansiedlung in der Landeshauptstadt zweckmäßig ist; wie bereits gesagt, muss das ein Prozess sein, der nicht von heute auf morgen geht. Der muss behutsam unter Berücksichtigung der betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einhergehen.
- bei der Ausarbeitung der Initiativen den zuständigen Gesetzgebungsausschuss des Südtiroler Landtages in die Arbeiten mit einzubeziehen.

Wir danken und ersuchen um Zustimmung.

BLAAS (Die Freiheitlichen): Wir können diesem Beschlussantrag nicht allzu viel abgewinnen. Er könnte durchaus gut gemeint sein, wenn man nur den ländlichen Raum im Blickwinkel hat, aber hier steckt doch etwas mehr dahinter. Wenn ich auch den Punkt 2) Indikatoren der Strukturschwäche und der demographischen Entwicklung heranziehe, fallen mir spontan Standorte wie das Martelltal, Ulten oder Lüsen ein. Ich muss schon sagen, Bozen liegt zentral, denn Bozen ist für alle Bürger erreichbar. Bürger müssen manchmal mehr als nur in einem Amt Auskunft einfordern oder Gesuche hinterlegen und Dokumentationen

vorlegen. Hier dem Bürger wieder einen weiteren Weg zumuten, würde nicht gehen. Denken wir auch an die ganzen Angestellten in der Landesverwaltung. Denken wir an die derzeitige Situation, wo jemand aus Mals nach Bozen pendeln muss oder von Meran und plötzlich seine Arbeitsstelle nach Bruneck verlegt werden würde. Dieser müsste dann täglich von Meran nach Bruneck pendeln, was ein Ding der Unmöglichkeit und eigentlich auch ein Nonsens wäre.

Wir haben alle verfolgt, dass bei der Schließung der Geburtenstationen eine Konzentration stattfindet, dass hier alles zentralisiert wird, eine Konzentration auch bei den Bezirksgerichten. Hier hat man einfach die Außenstellen geschlossen, ein wichtiges Amt. Man hat aus den Stadtkernen noch interessante Büros ausgesiedelt. Ich erinnere nur an Brixen, wo man dann auf der grünen Wiese plötzlich das INPS oder auch das INAIL außerhalb der Städte angesiedelt hat, was eigentlich ein Nonsens ist, denn genau hier bräuchten wir eigentlich zur Belebung der Ortskerne eine Kundenfrequenz, die wir plötzlich nicht mehr haben.

Es ist auch so, dass eine Verunsicherung stattfindet. Wo ist dieses Amt, wenn ich plötzlich in Bruneck ein Amt total von Bozen wegsiedele und aussiedle? Ich kann mir das eigentlich nicht recht vorstellen. Ich verstehe allerdings, wenn Sie im ländlichen Raum punkten möchten, und jemand vielleicht aus der Pustertaler Umgebung durchaus das eine oder andere Amt auch haben möchte. Das ist durchaus verständlich, aber Sinn macht es keinen.

Wenn Kollege Wurzer Bayern anführt, dann ist das doch ein etwas größeres Gebiet. Nürnberg ist immerhin eine Stadt mit einer gewissen Größe, aber hier verschiedene Ämter auszulagern, macht eigentlich in Südtirol in dieser kleinen Realität wenig bis überhaupt keinen Sinn, zumal wir auf der anderen Seite, wie gesagt, alles zentralisieren und das alles auch mit Kosten belegen, so wie es mit der Schließung der Geburtenstationen geschehen ist. Das widerspricht dem Beschlussantrag vom Kollegen Wurzer doch deutlich.

ZIMMERHOFER (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Das Wesen Südtirols liegt in der Peripherie. Dieser Antrag geht in die richtige Richtung. Deshalb auch meine Unterstützung diesbezüglich. Ich möchte aber die Einbringer daran erinnern, dass es schon Gelegenheit gegeben hätte und immer noch gibt, dass man den ländlichen Raum anhand von verschiedenen Anträgen verstärkt, die gewesen sind, zum Beispiel was die Krankenhäuser angeht. Es ist ein wichtiger Faktor auch für den ländlichen Raum, also die ganzen Zulieferanten und das ganze Drumherum wie Arbeitsplätze usw.

Ich persönlich habe auch zwei Anträge Anfang dieser Legislatur eingereicht, die durchgegangen sind, aber bisher immer noch nicht umgesetzt wurden. Auch diese zwei Anträge waren sehr, sehr wichtig für den ländlichen Raum, was zum Beispiel die Rückverlegung der Sprachgruppenzugehörigkeit in die Gemeinden angeht. Es ist ein bürokratischer Wahnsinn, dass vom ganzen Land die Leute nach Bozen fahren müssen, um ein Dokument zu holen oder der Mopedführerschein für 16jährige zum Beispiel, dass junge Leute bis 16 in die Hauptstadt, also nach Bozen fahren müssen, um diesen Führerschein abzulegen, Kopf und Kragen riskieren, wie mir ein Fahrlehrer auch bestätigt hat, und mit dem Moped danach nie mehr in die Stadt kommen oder fahren.

Ich habe bei uns in der Firma, wo viel Telearbeit geleistet wird, einen Vorschlag schon vor zehn Jahren hinterlegt, dass die Telearbeit von zu Hause aus gemacht werden könnte. Hier würden sich die Firmen sehr viele Kapazitäten sparen an Parkplätzen, Bürogebäuden usw., also dazu braucht es natürlich einen Anschluss der Peripherie und schnelles Internet usw.

Ein anderes Beispiel. Der staatliche Gemeindenverband, wo einige Südtiroler Gemeinden auch beteiligt sind, machen Fortbildungskurse. Diese werden aber nur in Bozen angeboten, also diese müssen vom hintersten Ahrntal anreisen. Das ist ein Wahnsinn. Ich bin schon der Meinung, wenn unsere Gemeinden beteiligt sind und auch Mitgliedsbeiträge bezahlen, dass hier der Service so weit sein sollte, dass diese Instrukturen in die Peripherie gehen und ihren Dienst leisten.

Es gibt aber auch positive Beispiele, zum Beispiel in Sand in Taufers, wo eine Firma eine seit Jahrzehnten leerstehende Struktur wieder renoviert hat und eine Tätigkeit aufnimmt in einem zukunftsträchtigen Metier, was die Elektromobilität angeht. Hier gibt es auch positive Beispiele, hauptsächlich von privaten Firmen, die hier weitergetragen werden.

Insgesamt ist der Antrag richtig und wichtig. Deshalb meine Unterstützung für diesen Antrag.

HOCHGRUBER KUENZER (SVP): ich freue mich, wenn die beiden Unterzeichner den Beschlussantrag, den ich damals gemeinsam mit dem Kollegen Pardeller im Dreier-Landtag eingebracht habe dahingehend, attraktive Arbeitsplätze im ländlichen Raum zu schaffen, wieder hergenommen haben. Ich denke,

es ist wie ein roter Faden. Das Anliegen wird über Jahre immer wieder von den Menschen in den Landtag gebracht, dass wir draußen die Entwicklungen nicht vernachlässigen dürfen bzw. immer wieder neu darauf schauen müssen, wie die Entwicklung der ländlichen Gebiete vor sich geht. Ich bin davon überzeugt, dass ein Betrieb, auch wenn es ein digitaler Betrieb ist oder ein Betrieb, der nur mit digitalen Daten arbeitet, nicht in Deutschnonsberg oder in Prettau sein muss, aber in den größeren Ortschaften in den Talschaften draußen, wo es eben notwendig ist wie zum Beispiel in Innichen, in Sand in Taufers, in Bruneck.

Dezentralisierung beginnt bereits sehr früh und das ist in der Schule und im Kindergarten. Wenn in kleinen Ortschaften Kinder, weil die Anzahl nicht mehr so groß ist, mit Bussen in eine größere Ortschaft geführt werden, so haben diese Kinder in ihrem eigenen Dorf keine Erlebnisse. Genau diese Erlebnisse sind ausschlaggebend, dass die Jugendlichen und jungen Erwachsenen, wenn sie eine Ausbildung gemacht haben, sich wieder entscheiden, dort ihren Lebensmittelpunkt aufzuschlagen, dort vielleicht eine Wohnung zu kaufen, zu mieten, dort ihre Familie zu gründen. Das muss meiner Meinung nach mit ganz viel Vorsicht angegangen werden. Es darf nicht sein, dass wir pro Kopf zählen. Wenn nicht so viele Köpfe da sind, dann zählt sich zum Beispiel eine Schule, ein Kindergarten nicht aus. Das ist aus meiner Sicht der erste große Fehler, wenn wir von attraktiven Arbeitsplätzen draußen im ländlichen Raum reden. Wir müssen die Bindung, die die Menschen in ihrem Aufwachsen erfahren, stärken und wir dürfen Kinder nicht über Kilometer weiterführen, weil dort einfach eine größere Struktur vorhanden ist, weil das rentabel ist. Das ist der erste Ansatz.

Der zweite Ansatz. Wir haben die letzten Jahre einen Dämpfer im ländlichen Raum bekommen. Das ist bereits angesprochen worden, nämlich die Schließung der bestimmten Abteilungen in Krankenhäusern. Nicht nur die Gesundheitsversorgung ist im ländlichen Raum benachteiligt, sondern auch die dementsprechenden Arbeitsplätze fehlen. Wir wissen heute, dass wir es uns leisten können, dass unsere Kinder, wenn sie möchten, eine gute Ausbildung, auch eine akademische Ausbildung machen können. Sie brauchen aber für diese Ausbildung den Arbeitsplatz vor Ort.

PÖDER (BürgerUnion - Südtirol - Ladinien): Wir sind wieder einmal beim regelmäßigen ländlichen Traum angelangt, aber bei allem Respekt. Es ist ein Antrag, der hier eingebracht wurde und der eine Problematik aufgreift, die man jenseits jeder Polemik über Privilegien in der Landwirtschaft und dergleichen natürlich auch sehen muss.

Die Problematik in diesen strukturschwachen Gebieten, Zonen haben, empfinden nicht nur die Landwirte, um es einmal so zu sagen, sondern jeder, der dort lebt. Das wissen wir. Von Abwanderung sind nicht nur "landwirtschaftliche Betriebe" betroffen. Ich schaue ins Tal, wo ich herkomme, ursprünglich ins Ultental. Wenn wir nach Hinterulten schauen, dann gibt es dort auch schon mittlerweile geschlossene Kindergärten und dergleichen. Warum? Weil Eltern weggezogen sind. Das ist jetzt der Fakt, dass man das so einwerfen könnte. Der ländliche Raum wird jetzt gerade aus der Sicht von Stadtbewohnern oder auch von größeren Dorfbewohnern wie Lananern dadurch aufgewertet, dass jetzt der Bär und der Wolf dort angesiedelt sind. Die Leute wandern ab und der Wolf und der Bär nehmen den Raum ein.

Aber natürlich bei einer gewissen Diskrepanz, Kollege Wurzer, komme ich allerdings nicht umhin festzustellen. Es geht schon in Ordnung. Die Vorschläge haben ja auch einen konkreten Sinn und es geht um die Aufwertung meiner Meinung nach insgesamt draußen der eher strukturschwachen Gebiete nicht nur für die Landwirtschaft. Das wäre zu kurz gegriffen, das wissen wir ja alle.

Das andere ist allerdings, das schon angesprochen wurde. Wir werten den ländlichen Raum oder draußen die Peripherie dadurch ab, dass wir Geburtenstationen geschlossen haben, nicht wir, sondern die Landesregierung mit Zustimmung der Mehrheit im Landtag, dass kleine Krankenhäuser, Kollege Blaas weiß, wovon ich rede, denn wir haben uns Nächte um die Ohren geschlagen diesbezüglich, auch wegen der Außenwirkung, dafür, dass wir gesagt haben, die peripheren Strukturen sollen nicht in die großen integriert werden, die kleinen Krankenhäuser, um es klar zu sagen, weil das der Anfang vom Ende ist. Da hätten wir uns auch die eine oder andere Unterstützung mehr erwartet, nicht jetzt speziell von Ihnen, sondern insgesamt gesehen.

Ich habe zum Beispiel auch einen Gesetzentwurf eingebracht, in dem es darum geht, Familien draußen zu unterstützen. Ich habe auch andere Vorschläge gebracht, in denen es darum geht, dass man auch Betriebe draußen mehr unterstützt. Ich weiß, es gibt Unterstützungen. Ich rede jetzt nicht von landwirtschaftlichen Betrieben, sondern von Betrieben aller anderen Wirtschaftszweige. Ich weiß, da gibt es auch schon Maßnahmen, aber da bräuchte es zusätzliche Maßnahmen, im Familienbereich bräuchte es zusätzli-

che Unterstützung oder gerade für Familien, die sich in strukturschwachen Gebieten niederlassen oder dort nicht weggehen. Es gibt eine ganze Vielzahl von Dingen. Wenn man auf der einen Seite Krankenhäuser schließen oder der Schließung ausliefern, dann nützt es nichts, wenn wir auf der anderen Seite wieder etwas unternehmen.

Ich stimme diesem Antrag zu, weil ich sehr wohl der Meinung bin, dass die Inhalte dort richtig sind. Ich habe nur die Anmerkung gemacht, dass die Taten, nicht Ihre, der Landesregierung nicht immer dem entsprechen, was man auch als Aufwertung des ländlichen Raumes bezeichnen könnte.

SCHIEFER (SVP): Ich finde diesen Beschlussantrag der Kollegen Wurzer und Noggler sehr gut, um nicht zu sagen bahnbrechend. Ich glaube, es ist wirklich mehr als Zeit, dass man in diese Richtung wieder mehr zu arbeiten beginnt, denn in den letzten Jahrzehnten wurde immer wieder von der Peripherie alles in die Zentrale, vor allem nach Bozen zurückgeholt, wobei wir wissen, dass Bozen gerade eine große Belastung durch den Verkehr hat. Dadurch könnte man auch verkehrsmindernd wirken und natürlich auch für die ländliche Bevölkerung in der Peripherie zusätzliche attraktive Arbeitsplätze schaffen. Wie es Kollege Pöder gesagt hat, wurde im Sanitätsbereich einiges abgebaut, aber ich glaube, man kann das auch wieder viel besser nutzen, indem man vorhandene Strukturen wie die Sprengel draußen - die Sprengel sind fast alle draußen in der Peripherie, zwar in den zentralen Orten meistens, aber auf Bezirksebene - auf alle Fälle sehr wohl aufwerten könnte, indem man Facharztvisiten anbieten würde und auch die Erste Hilfe in den Krankenhäusern, vor allem in Bozen und Umgebung entlasten könnte. Ich glaube, es gibt sehr viel in die Richtung zu tun, man muss nur rechtzeitig schalten, wie wir sagen, damit man nicht wieder, wenn irgendein Amt eingerichtet wird, es in der Peripherie macht und nicht im Zentrum, wie es zum Beispiel in der Vergangenheit passiert ist, dass man immer mehr die Zuständigkeiten für die Forst, für das Landwirtschaftsinspektorat und für andere Einrichtungen in der Zentrale in Bozen errichtet hat. Deswegen finde ich es sehr gut, dass auch die Beispiele angeführt sind von Denkmalpflege, Gewässerschutz, Wassernutzung usw. Das sind alles Bereiche und Ämter, die im ländlichen Raum viel besser angesiedelt werden könnten.

HEISS (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Ganz kurz auch unsere Zustimmung zu diesem Beschlussantrag, dessen Mutterschaftsrecht offenbar bei Kollegin Hochgruber Kuenzer gelegen ist, aber das lässt sich nicht mehr genau feststellen in der Ursprungsfassung.

Er trifft natürlich eine Problematik, die generell in Europa vermerkbar ist, dass die ländlichen Räume, dass periphere Räume zunehmend von Abwanderung bedroht sind aufgrund des demographischen Wandels. Wir haben das in Ostdeutschland, wir haben das in Frankreich im ländlichen Raum, wir haben auch festzustellen, dass in den Alpen, die hier in Südtirol ein Freizeitparadies erscheinen, zumindest die Hälfte ein Abwanderungsgebiet ist. Diese Tendenz merkt man auch in Südtirol, wo eben aufgrund der Landespolitik seit den 50er Jahren versucht wurde, ganz gezielt den ländlichen Raum zu stärken.

Die Frage ist allerdings an die Kollegen, was unter ländlichem Raum zu verstehen ist. Wir haben hier die generelle Formel "ländlicher Raum" und man muss schon darauf hinweisen, dass zwischen ländlichen Raum und ländlichen Raum ein wesentlicher Unterschied ist. Wenn sie Sand in Taufers oder Corvara oder Naturns als ländlichen Raum bezeichnen, so ist das nur die halbe Wahrheit. Das sind Räume, die gewissermaßen eine Zwischenstellung einnehmen, die gewissermaßen schon urbanisiert sind, die enormes Wachstum zu verzeichnen haben und eigentlich sehr gut aufgestellt sind. Hier würde ich schon raten, stärker zu differenzieren. Sie wissen das, Kollege Wurzer, denn Sie hatten vor einigen Jahren diese Studie über die Abwanderung erstellt, eine sehr sorgfältige Studie. Da sieht man doch, dass es ganz spezifische Räume in Südtirol sind, die hiervon betroffen sind. Die Strategien, die Sie hier angeben, sind sicher zielführend, vielleicht nicht ganz die Landesämter, das ist sozusagen eine symbolische Aufwertung mehr, aber im Endeffekt ist vor allem die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Schaffung von Bildungsangeboten ganz wesentlich.

Natürlich spielt auch die kirchliche Verödung eine gewisse Rolle, das muss man auch hinzufügen. Das geht uns zwar als Politiker wenig an und auch mich als Laizisten, aber ich sehe doch, dass das auch eine gewisse Rolle spielt in der Verarmung auch des sozialen Kontextes. Das sind so Fragestellungen, die sich hier bieten. Es ist sicher notwendig, dass die Landesregierung sich einige Strategien überlegt in diesem Zusammenhang. Sie muss ja nicht Christoph Gufler noch mal anstellen, um hier Maßnahmen zu treffen und entsprechendes ausfindig zu machen.

Ich möchte abschließend nur noch darauf hinweisen, dass genauso allerdings der städtische Raum besondere Berücksichtigung verdient. Wir haben Bozen, Meran, auch Brixen mit neuen Problemen, mit

neuen Herausforderungen, die bei allen Ehren des ländlichen Raumes doch auch einige Brisanz aufweisen. Man soll das eine sehr wohl fördern, aber das andere nicht vergessen.

TSCHURTSCHENTHALER (SVP): Ich bedanke mich bei den Kollegen Noggler und Wurzer für diese Initiative, denn nicht oft genug kann dieses Thema in unseren Fokus gerückt werden. Meine Vorredner haben schon vieles aufgezeigt.

Ich möchte ein Projekt nennen, wo es funktioniert, wo aktiv in der nächsten Woche von Seiten der Landesregierung ein Projekt im Pustertal vorgestellt wird, und zwar das "Automotive Südtirol". Aufgrund dessen, dass gerade im Bereich Automotive viele Arbeitskräfte gesucht werden, wird eine neue Plattform in Bruneck geschaffen. Hier ist die Initiative von den fünf bis sechs Automotive-Zulieferern Südtirols ausgegangen, die mehr oder weniger alle sehr aktiv im innovativen Bereich der E-Mobilität tätig sind. Am nächsten Donnerstag wird dieses Projekt der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Der Landeshauptmann hat es auch immer wieder aufgezeigt, dass hier die Initiative von Seiten der Firmen kam. Das Land hat diese Initiative mit aufgegriffen und hier ist ein sichtbares Zeichen, dass sehr wohl nicht alles nur zentral, also in Bozen angesiedelt wird, sondern auch in der Peripherie, und auch Bruneck zähle ich noch zur Peripherie dazu. Herzlichen Dank!

STEGER (SVP): Allein schon der Titel sagt, worum es geht, nämlich attraktive Arbeitsplätze für den ländlichen Raum, wohnortnahe Arbeitsstellen mit hohem Qualifikationsniveau in Südtirols Bezirken zu erreichen. Wenn man das nicht erreicht, dann wird der ländliche Raum ausgetrocknet. Insofern ist die Ziel- und Stoßrichtung des Beschlussantrages meiner zwei Kollegen genau richtig.

Es ist klar, dass sich die öffentliche Hand vor allem auch um öffentliche Stellen bemühen darf, also dass der Landtag und entsprechend die Landesregierung eine direkte Entscheidung in Bezug auf die öffentliche Verwaltung treffen können. Was die privaten Unternehmen angeht, ist es natürlich die Entscheidung der Unternehmer, wie und wo sie die Arbeitsplätze zur Verfügung stellen usw. Da kann das Land allerdings durch intelligente Förderungsformen auch mithelfen, dass private Arbeitsplätze, hoch qualitative Arbeitsplätze auch im ländlichen Raum garantiert werden können.

Hier geht es vor allem darum, Arbeitsplätze in der öffentlichen Verwaltung dezentral anzubieten oder anzusiedeln. Aus meiner Sicht geht es jetzt weniger darum, dass man in die strukturschwachen Gebiete gemäß Einteilung des Landes, also in die ganz peripheren Räume die öffentliche Verwaltung hinbringt, das wird schwierig sein, aber Ziel- und Stoßrichtung ist jene, dass man das in dezentrale Gebiete führt. Ich mache ein Beispiel. Wenn ein öffentliches Amt das gesamte Land bedient, aber wo es nicht unbedingt entscheidend ist, dass es in Bozen sein muss, es vielleicht in Schlanders oder Bruneck angesiedelt werden kann, vielleicht nicht im hinteren Ahrntal oder vielleicht weniger im Ulten. Ich wollte nur das Thema Strukturschwäche, was da gemeint ist, nochmals ansprechen.

Es gibt Verwaltungen, und darum geht es ja. Es sind einige Verwaltungen schon dort, aber ich mache ein Beispiel. Muss die Raumordnung in Bozen sein oder kann die zentrale Stelle auch in Brixen oder in Bruneck oder wo auch immer sein? Die Frage ist, was man darunter versteht. Das werden die Einbringer dann selbst erklären. Meine Idee ist, als ich den Beschlussantrag gelesen habe, jene, dass es die Zielsetzung ist, dass öffentliche Verwaltung nicht nur in Bozen stattfindet, sondern auch in anderen Gebieten, in anderen Bezirken dieses Landes. Und diese Grundhaltung halte ich für richtig, denn die Ansiedlung von Arbeitsplätzen kann für den einen eine enorme Stärkung für den Standort sein, aber eine rein zentrale Ansiedlung von Arbeitsplätzen kann auch Belastung für diese dort sein. Ich denke, dass alles in Bozen sein muss, und das sage ich als jemand, der in Bozen wohnt, nicht notwendig und wahrscheinlich auch nicht zielführend ist. Es ist besser, wenn man die Dienste, so es dem Bürger die Dienstleistung nicht qualitativ schlechter sein wird, sondern wir müssen zuallererst an den Bürger denken, der die öffentlichen Dienste in Anspruch nimmt. Wenn es für den Bürger keine Nachteile bringt, dann denke ich, ist es sinnvoll, dass öffentliche Strukturen nicht nur in der Landeshauptstadt, sondern in den Bezirken unseres Landes angesiedelt werden können.

Da gilt es jetzt zu schauen, in welchen Bereichen das möglich ist, a) mit der Zielsetzung, dem Bürger die Dienstleistung noch zu verbessern, zu vereinfachen und nicht schwieriger zu machen und b), wo solche Arbeitsplätze auch dringend notwendig sind. Ich glaube, dass das als Auftrag, wenn dieser Beschlussantrag gut über die Bühne geht, von der Landesregierung wahrgenommen wird, indem man überprüft, wenn Stellen zu vergeben sind, wenn die Ämter zu organisieren sind, dass man daran denkt, ob alles in der Landeshauptstadt angesiedelt sein muss oder ob nicht nur ein Außenamt, sondern auch eine zentrale Organisation in

einem anderen Bezirk ihre Aufgabe übernehmen kann. Ich halte das für einen innovativen Ansatz und ich glaube auch, dass das mittel- und langfristig, ... Wenn Kollege Blaas meint, dass übermorgen die Folgen des Beschlusses erkennbar sind, dann gebe ich ihm recht, dass das schwierig sein wird, aber wenn das die Stoßrichtung ist, dann bin ich überzeugt, dass wir in den nächsten Jahren die eine oder andere Struktur in den ländlichen Raum, also in die Bezirke unseres Landes verlagern können zur Stärkung der jeweiligen Standorte, zur Stärkung des ländlichen Raumes. Aus diesem Grunde unterstütze ich diesen Beschlussantrag mit Überzeugung.

DEEG (Landesrätin für Familie und Verwaltungsorganisation - SVP): Ich danke für die Einbringung dieses Beschlussantrages und auch dafür, wie wir das wichtige Thema diskutieren können. Vieles wurde schon gesagt. Ich glaube, wir können mit Stolz zurückblicken und auch auf die Gegenwart schauen und sehen, dass wir in Europa – darauf können wir stolz sein – ein Best-Practice-Modell im Bereich der zukunftsorientierten Regionalpolitik sind. Es kommen viele zu uns und schauen sich an, was wir anders machen als anderswo und das eigentlich in allen Bereichen. Es wurden viele schon genannt. Die Mobilität einmal, die verschiedenen Formen der Infrastrukturen von den Straßen über digitale Infrastrukturen bis hin zu den Bildungseinrichtungen wie Kindergärten, Schulen, Forststationen, aber auch natürlich Angebote wie Schülertransporte, Wirtschaftsförderung, speziell für Tante-Emma-Läden usw. Was heute noch nicht erwähnt wurde, und ich darf das auch noch anführen, ist die ganze Tätigkeit im Bereich des Ehrenamtes, denn Südtirol ist ein Land des Ehrenamtes. Ich denke, dass auch ganz viel in diesem Bereich auch dazu beiträgt, gerade das Ehrenamt, die Dörfer und Gebiete außerhalb der Zentren attraktiv zu gestalten und Abwanderung zu verhindern.

Ich danke deshalb auch, weil wir uns natürlich im Zuge der ständigen Auseinandersetzungen, wo sich die Verwaltung als solches hinbewegen soll, ganz stark mit dem Thema auseinandersetzen. Ich darf einige Beispiele bringen, wo wir auch schon darüber gesprochen haben und in Diskussion sind und die wir danach umsetzen möchten. Das sind im Wesentlichen vier, einmal das Thema des dezentralen Bürgerschalters. Sie wissen, den gesetzlichen Aufhänger haben wir im Gesetz für das Verwaltungsverfahren eingebaut. Wir haben verschiedene Projekte schon ausgearbeitet. Das Ziel ist es, nicht den Bürger zur Dienstleistung zu bringen, sondern überall dort, wo es geht, die Dienstleistung möglichst nahe an den Bürger zu bringen.

Neben der Verlagerung und Einrichtung von dezentralen Schaltern, und es sind auch Konzepte, die aus Bayern angeführt werden und die sicher gut Best-Practice und Vorbild sein können, geht es auch darum, die Dienste in Form von E-Government Diensten dann auch an den Bürger zu bringen. Heute haben wir schon 42 E-Government Dienste, wo der Bürger im Prinzip 24 Stunden auf seiner Couch, am Esstisch oder wo er will zu Hause Ämtergänge erledigen kann und im Grunde Gott sei Dank keine Öffnungszeiten braucht und keine Warteschlangen. Natürlich ist die Voraussetzung, dass das funktioniert, dass diese Dienste möglichst auch nutzerorientiert sind. Da dürfen wir auch noch einiges besser werden.

Ein wichtiger Bereich, der schon genannt wurde, ist alles, was mit der Digitalisierung kommt auch für die Landesverwaltung, sei es die Telearbeit, die wir zunehmend möglich machen wollen. Ein weiterer wichtiger Diskussionspunkt wird sein, und da können wir nicht von Verlagerung von Ämtern reden, sondern mehr noch von Verlagerung von Arbeitsplätzen, dass wir dezentrale Großraumbüros schaffen und die Leute von der Peripherie nicht immer jeden Tag nach Bozen kommen müssen, auch wenn natürlich noch Ämter oder Abteilungen in Bozen angesiedelt sein werden. Über das alles im Prinzip denken wir auch schon gemeinsam.

Es wird nicht überall möglich sein, Kollege Pöder. Ich stelle gerne diese Daten zur Verfügung. Wir haben eine Analyse gemacht, wie viel, um auch ein bisschen diesem Trend entgegenzuwirken, die Landesregierung die Peripherie aushungert. Lieber Kollege Pöder, das Gegenteil ist der Fall. Wenn wir uns die Daten anschauen - wie gesagt, diese liefere ich nach, weil ich sie heute leider nicht mithabe -, wo wir die Arbeitsplätze in der Landesverwaltung haben, dann sind es 18.400 Mitarbeiter. Diese sind nicht in den Städten, sondern im ländlichen Raum. Das zeige ich Ihnen gerne, unabhängig von manchen Notwendigkeiten, die manche Entwicklungen mit sich bringen. Ich will jetzt nichts verteidigen oder besser darstellen, aber die Zahlen sprechen eine klare Sprache und auch über diese können wir uns gerne austauschen.

Abschließend vielleicht noch ein Thema, weil es auch schon erwähnt wurde, ist die Verlegung der digitalen Infrastruktur. Dann vielleicht eine Antwort auf die Frage, was bei uns ländlicher Raum ist. Diese Einstufung wird bei uns aufgrund der Kriterien der EU gemacht, wenn wir so wollen, die staatliche Inhouse-Gesellschaft INFRATEL in Rom, und zwar sieht, und das wissen Sie, die EU für die Verlegung von digitalen

Infrastrukturen Zonen vor. Sie sieht schwarze Zonen vor. Dort darf die öffentliche Hand nicht investieren. Sie sieht graue Zonen vor. Dort darf die öffentliche Hand nicht investieren. Warum nicht? Weil das Zonen sind, wo der private Markt funktioniert. Sie sieht weiße Zonen vor und in diesen weißen Zonen haben wir sogenanntes Marktversagen. Dafür gibt es dann auch in den verschiedenen Fördertöpfen auf europäischer Ebene auch besondere Entwicklungsprogramme und gerade zur Unterstützung der Digitalisierung im ländlichen Raum. Ich darf Ihnen jetzt die Ziffer nennen und diese ist für mich immer wieder überwältigend. Von 116 Gemeinden haben wir im Jahr 2014 114 weiße Zonen und 2015 112 weiße Zonen. Welches sind die nicht weißen Zonen? Denn es bringt nichts, die anderen aufzuzählen. Das sind Bozen, Meran, Brixen und Bruneck. Im Grunde sind, wenn wir nur diesen Bereich anschauen, 112 Gemeinden im Prinzip ländlicher Raum und da gelten natürlich auch andere Regelungen. Es gelten viele EU-Vorschriften in dem Bereich, aber da können auch Steuermittel in die Hand genommen werden, Land, Gemeinden und andere, die in diesen Bereich investieren.

Ich möchte abschließen und Ihnen noch einmal danken. Wir werden diesen Weg gerne weitergehen, auch den guten Weg in der Vergangenheit fortführen. Ich darf noch einmal sagen, ich mache das sehr gerne, aber das ist ein ernst gemeintes Angebot, dass alle mit uns mitdenken, was wir tun können. Ich darf noch abschließen mit einem Thema. Für mich gehört zur Förderung des ländlichen Raumes und zur Stärkung der Familie auch die Familie im ländlichen Raum und auch das Thema der Kinderbetreuung ist ein zentrales, und mit dem darf ich abschließen und dem Kollegen Schuler das Thema, das auch seines ist, zur weiteren Beantwortung auch weiterleiten.

SCHULER (Landesrat für Land- und Forstwirtschaft, Zivilschutz und Gemeinden - SVP): Der ländliche Raum ist, glaube ich, ein umfassendes Thema und trifft uns alle, also den Landtag, aber auch alle Mitglieder der Landesregierung. Wenn wir uns die Situation in Südtirol anschauen, stellen wir, glaube ich, davon bin ich überzeugt, eine Besonderheit im europäischen Raum und nicht nur im Alpenraum dar, dass wir einen ländlichen Raum haben, der lebendig ist, lebendig geblieben ist. Wir haben heute eine ausgewogene Situation, eine der wenigen ausgewogenen Situation zwischen dem städtischen und ländlichen Bereich. Wir müssen natürlich auch schauen, dass man den Trends auch entgegenwirkt, dass wir hier nicht einen Abzug aus dem ländlichen Raum haben. Wir haben zurzeit weder eine Abwanderung aus dem ländlichen Raum noch eine Zuwanderung aus dem städtischen Bereich, also wirklich eine ausgewogene Situation und das müssen wir natürlich halten.

Wenn wir über die Zukunft des ländlichen Raumes reden, dann geht es nicht nur um Arbeitsplätze, das ist natürlich ein wichtiger Teil, dass auch vor Ort Arbeitsplätze zur Verfügung sind, ob das im privaten Bereich oder im öffentlichen Bereich ist, aber es geht um vieles mehr. Einiges hat die Kollegin schon angeschnitten, ob das die Infrastrukturen sind, die natürlich wichtig sind, wie das Breitband, das Gebot der Stunde, aber auch vieles andere. Es mögen sich manche auch immer wieder die Frage gestellt haben, ob sich bestimmte Investitionen auch rechnen, zum Beispiel dass jeder Bauernhof draußen erschlossen ist. Wenn man diese Rechnung auf den einzelnen Hof, auf den einzelnen Betrieb machen würde, dann würde die Rechnung bestimmt nicht immer aufgehen, aber wenn man die Gesamtrechnung macht, dann sind diese Investitionen sehr wohl aufgegangen, und zwar insgesamt für Südtirol für die Landwirtschaft als solche, vor allem auch für den Tourismus unseres Landes, aber vor allem auch in Bezug auf die Wohnqualität, die eine sehr hohe ist auch in den Gemeinden draußen. Deshalb ist diese Initiative wichtig, dass man dort, wo es Sinn macht, es ist von Fall zu Fall abzuwägen, dass man Überlegungen anstellt, zusätzliche Arbeitsplätze draußen in bestimmten Bereichen schafft, auch im öffentlichen Bereich. Deshalb unterstützt die Landesregierung und auch ich persönlich als Landesrat diesen Beschlussantrag.

WURZER (SVP): Ich danke allen für die Redebeiträge, besonders den Landesräten Deeg und Schuler. Ich habe hier ein paar Anmerkungen zu den verschiedenen Stellungnahmen.

Herr Blaas, es gibt immer Gegenargumente und es geht dabei nicht nur darum, dass Leute mit mehreren Ämtern zu tun haben, sondern es geht auch um das Tätigkeitsfeld der Mitarbeiter des Amtes. Ich nenne zwei Beispiele. Das Amt für Raumordnung Ost hat sein Tätigkeitsfeld hauptsächlich im Osten, das Amt für Wildbachverbauung Ost hat sein Tätigkeitsfeld hauptsächlich im Osten. Ich denke eher an solche Dinge. Man kann hier sicherlich nicht alles lösen. Ich glaube, man muss mit kleinen Schritten beginnen, und zwar dort, wo es Sinn macht. Es wird nicht überall Sinn machen.

Kollege Heiss, wir haben die Städte nicht ausgenommen. Da gebe ich Ihnen absolut recht. Es gibt auch die Städte in der Peripherie und die Frage ist, was sinnvollerweise vielleicht sowohl für Mitarbeiter als auch für Bürger in anderen Orten, unabhängig davon, wo sie jetzt gelagert sind, angesiedelt werden kann.

Kollege Zimmerhofer hat auch die Telearbeit als Beispiel genannt. Auch das ist ein Thema.

Kollege Pöder, wir haben einen Mitarbeiter in der Landesverwaltung, der aus dem Ultental kommt. Dieser fährt jeden Tag von Ulten nach Bozen, hat nicht viel Parteienverkehr zu bewältigen. Dieser könnte zum Beispiel in Ulten in der Forststation drei Tage arbeiten und muss nicht jeden Tag nach Bozen pendeln. Die Landesrätin hat von dezentralen Großraumbüros gesprochen.

Uns geht es vor allem darum, dass man diese Sachen andenkt, ohne konkret an Umsetzungen zu denken. Wir haben auch nicht nur diese strukturschwachen Gebiete, wir haben gesagt, auch Indikatoren der Strukturschwäche, aber nicht nur, es gibt immer auch andere Punkte. Ich glaube, das kann man nicht ohne die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter machen, denn dann fällt die Motivation. Es kann manchmal auch einen Austausch von Personen geben, die immer nach Bozen pendeln und vielleicht jetzt sagen, das Angebot nehme ich an, und dadurch wird in Bozen für andere Plätze was frei. Es gibt sicherlich eine Verschiebung, das muss sich einpendeln.

Bayern hat es anders gemacht. Bayern hat es mit Zwang gemacht. Ich bin nicht ganz begeistert von solchen Dingen, denn ich weiß, dass die ganze Situation etwas anders ist.

Das Beispiel, Kollege Pöder und Kollege Blaas mit den Krankenhäusern. Ich glaube, die Argumente bezüglich Krankenhäuser in Ehren. Wir versuchen jetzt einfach im Kleinen unsere Sache mit der Landesverwaltung. Wir haben ganz konkret Landesverwaltung und Ämter angesprochen.

Ich glaube, die Thematik Gesundheit muss man doch wohl etwas differenzierter betrachten als ein Verwaltungsamt. Ich glaube, das steht hier außer Frage, aber es gibt bereits die Realität in Südtirol. Wir haben Forstämter, Landwirtschaftsämter, Außenstellen des Amtes für Naturparke, Arbeitsämter. Es gibt vieles, das schon realisiert ist, aber ich glaube, diesen Weg sollte man fortsetzen. Ich glaube, das ist ganz, ganz wichtig. Ich glaube auch, dass man sich als Südtirol in diese Richtung entwickeln kann und muss.

Ich denke auch diesbezüglich ist Stillstand Rückschritt, aber in Anbetracht der vielen Zunahmen der Mobilität, der Zunahme der ganzen Pendler auch in verschiedenen Tälern, auch zur Vermeidung des Verkehrs muss man solche Dinge vermehrt andenken, und zwar dort, wo es Sinn macht und dort, wo es möglich ist und das wird nicht überall sein.

Deshalb haben wir gesagt, es soll überlegt werden, es sollen Kriterien ausgearbeitet werden, es soll vor allem bei zukünftigen Ämtern überlegt werden, wo es vielleicht Sinn macht, vielleicht irgendwo in Meran, in Brixen, in Bruneck, in Schlanders. Ich denke nicht an Prettau und nicht unbedingt an Sexten, aber ich glaube, es geht darum, dass man etwas zu den Bürgern bringt und nicht immer nur Bozen als Zentrum der Verwaltung ansieht. Ich glaube, die Landesverwaltung hat als Erste den Auftrag hier voranzugehen und Beispiele zu setzen, wie es andere Betriebe vielleicht auch tun. Ich danke in dem Sinne auch im Namen von meinem Kollegen Noggler für die Unterstützung und Zustimmung.

PRESIDENTE: Apro la votazione sulla mozione n. 745/17: approvata con 22 voti favorevoli e 10 astensioni.

La parola alla consigliera Foppa.

FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Morgen findet im ländlichen Raum ein wichtiges Ereignis statt. Ich glaube, wir als Landtag könnten unserem Kollegen Philipp Achammer im Voraus – ich weiß nicht, ob man das darf - zur bevorstehenden Hochzeit gratulieren, zumindest morgen einen schönen Tag und alles Gute für die Entscheidung wünschen.

APPLAUSI – APPLAUS

PRESIDENTE: Prima di chiudere l'odierna seduta Vi comunico che in ordine al processo verbale della seduta precedente, messo a disposizione all'inizio dell'odierna seduta, non sono state presentate durante la seduta richieste di rettifica, per cui lo stesso, ai sensi dell'articolo 59, comma 3, del regolamento interno, si intende approvato.

Grazie la seduta è chiusa.

Ore 12.19 Uhr

**Es haben folgende Abgeordnete gesprochen:
Sono intervenuti i seguenti consiglieri/le seguenti consigliere:**

ATZ TAMMERLE (19)
BLAAS (29)
DEEG (34)
FOPPA (36)
HEISS (2, 11, 12, 17, 32)
HOCHGRUBER KUENZER (30)
KNOLL (15)
KÖLLENSPERGER (2, 5, 6, 9, 16)
KOMPATSCHER (2, 5, 7, 10, 11, 12, 21)
PÖDER (31)
SCHIEFER (32)
SCHULER (35)
STEGER (20, 33)
TINKHAUSER (11, 20)
TSCHURTSCHENTHALER (33)
URZÌ (18)
WURZER (6, 7, 28, 35)
ZIMMERHOFER (30)